

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

# DIE LINKE.

Nr. 225 - 23. Jahrgang  
Dez./Januar 2016/17  
Spendenbeitrag 80 Cent

## Wir spielen auf Sieg!

**DIE LINKE will im Bundestagswahljahr 2017 mit Dietmar Bartsch um das Direktmandat für Rostock und Umgebung kämpfen. Rostock soll nach 2013 wieder eine vernehmbare Stimme im Deutschen Bundestag bekommen.**

Seit 2013 ist das Rostocker Direktmandat für den Bundestag praktisch verwaist. Der Abgeordnete Peter Stein (CDU) hat es nicht vermocht, im Parlament oder im Wahlkreis nennenswert in Erscheinung zu treten. Das ist der große Unterschied zu seinem Vorgänger Steffen Bockhahn. Dietmar Bartsch, der Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, hat sich vorgenommen, Rostock im Bundestag wieder eine angemessene Vertretung zu geben. Er will für DIE LINKE um das Rostocker Direktmandat kämpfen, verkündete er auf dem Kreisparteitag der Rostocker LINKEN am 5. November. Dafür gab es großen Beifall von den Delegierten. Noch ist Dietmar nicht offiziell

nominiert. Er wird sich am 13.1.2017 in der Stadthalle auf einer Gesamtmitgliederversammlung den Genoss\*innen aus

Rostock und Umland zur Wahl stellen. Der Gewinn des Direktmandats wäre aus Dietmars Sicht auch ein Zeichen nach der verlorenen Landtagswahl, dass DIE LINKE nicht abgeschrieben werden darf. Der Rostocker Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin zeigte sich optimistisch, dass DIE LINKE im Rennen um das Direktmandat nicht chancenlos ist. Erstens, weil unsere Bundestagsfraktion sehr gute Arbeit leistet. Zweitens, weil Personalisierung in der Politik eine immer größere Rolle spielt. Mit Dietmar Bartsch hätten wir einen Kandidaten, der zu den profiliertesten ostdeutschen Politikern gehört. Als voraussichtlicher Spitzenkandidat unserer Partei hätte er eine Medienpräsenz, von der seine Konkurrenten um das Direktmandat nur träumen können. Die Ausgangslage ist also gut, machen wir was draus!

*Einen ausführlichen Bericht vom Kreisparteitag findet Ihr im Innenteil des KLARTEXT.*



Gegen das Bundesteilhabegesetz gab es Protest in Berlin  
Mehr dazu auf Seite 2



Auf dem Rostocker Kreisparteitag wurde nicht nur Bilanz gezogen  
Mehr dazu auf den Seiten 3 bis 5



Prof. Wolfgang Methling sprach auf der diesjährigen FriedensDekade  
Mehr dazu auf den Seiten 14-15

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Inklusion  
Seite 2: Neujahrsgrüße LRO  
Seite 3-5: Kreisparteitag  
Seite 5: Neujahrsgrüße HRO  
Seite 6: Peter Weiss  
Seite 7: Teilhabegesetz Teil 2  
Seite 8: Kreisvorstand HRO

Seite 9: AG Senioren  
Seite 10/11: Kurt Kaiser  
Seite 11: Gedenken an 1938  
Seite 12: Landtag  
Seite 12/13: Bildungspolitik  
Seite 14/15: FriedensDekade  
Seite 16: Bitte eintreten!

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, kaum noch Platz für mein Editorial! Wir hatten so viel Material für die letzte Ausgabe des Jahres 2016, dass wir die Schriftgröße auf einigen Seiten ein bisschen reduzieren mussten. Einem Teil der Auflage liegen deshalb Leselupen bei, vielleicht hattet Ihr das Glück, eine zu erwischen. Leider können wir den letzten Teil der Ku-

ba-Serie von Günter Althaus erst im Februar abdrucken.

Bleibt noch, Euch ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Wahljahr 2017 zu wünschen. Der nächste KLARTEXT erscheint im Februar.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

## Neujahrsgrüße Peter Hörnig

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Liebe Freunde!

Das Jahr 2016 neigt sich seinem Ende entgegen. Es beginnt die besinnliche Zeit der Vorweihnacht. Also eine Zeit, in der wir das vergangene Jahr Revue passieren lassen sollten. Meine Neujahrsgrüße für das Jahr 2016 enthielten u.a. folgende Aussage: „Die kommenden zwei Jahre werden vor allem von der inhaltlichen- und personellen Vorbereitung der Landtagswahl im Jahr 2016 sowie der Bundestagswahl im Jahr 2017 geprägt sein. Unsere Aufgabe wird und muss es u.a. sein, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, um ihre Sorgen und Nöte, aber auch ihre Vorschläge zu erfahren. Gemeinsam wollen wir ein Wahlprogramm der *LINKE* Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten, dass nicht durch Wunschträume, fernab jeder Realität, gekennzeichnet ist, sondern von Bürgernähe.“

Die Landtagswahlen liegen hinter uns und das Ergebnis ist bekanntlich sehr unbefriedigend für unsere Partei. Wieder einmal hat sich bewährt, dass es nicht darum geht alle Politikfelder zu bedienen, dafür gibt es das Parteiprogramm.

Im Wahlprogramm geht es um das Aufgreifen der Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger, um Antworten auf die Fragen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Das ist uns nicht in ausreichendem Maße gelungen. Das Jahr 2017 wird überwiegend geprägt sein von der inhaltlichen Vorbereitung der Bundestagswahlen. Die Bundesvorsitzenden unserer Partei haben uns alle aufgefordert, umgehend unsere Vorschläge und Hinweise in die Gestaltung des Bundestagswahlprogramms einfließen zu lassen. Deshalb meine Bitte an euch, liebe Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei, nutzt diese Möglichkeit, **mischt euch aktiv ein!** Alle „positiven Erkenntnisse“ nach einer Wahl bringen uns nicht weiter, wenn sie bei der nächsten Herausforderung nicht berücksichtigt werden. Unser Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Genosse Dr. Dietmar Bartsch, hat auf den Punkt gebracht, was unsere Partei auszeichnen muss: „Wir *LINKE* müssen als



*eigenständige Kraft in die Kämpfe des kommenden Jahres gehen. Mit einem deutlichen Profil und mit Antworten auf die Fragen der Zeit. Vielen Menschen hierzulande brennt unter den Nägeln, ob sie Wohnung oder Haus weiter unterhalten können, ob der Arzt im Ort bleiben wird, ob Nahverkehr, Bildung und Kinderbetreuung zusammengestrichen, gar unerreichtbar werden.“* (ND v. 05./06.11.2016) Also eine Partei, die wieder mehr bei den täglichen Problemen der Menschen ist.

Diese und andere vor uns stehenden Aufgaben, wie zum Beispiel die Mitgliedergewinnung, stellen im Jahr 2017 wiederum große Anforderungen an die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei, unseres Kreisverbandes *DIE LINKE* des Landkreises Rostock.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern und Sympathisanten, bei allen Kommunalpolitikern unserer Partei, für die im Jahr 2016, vor allem im Landtagswahlkampf, geleistete Arbeit. Gleichzeitig danke ich allen Partnern in den Bündnissen, Vereinen und Verbänden für die gute Zusammenarbeit in der Hoffnung, dass sie auch im Jahr 2017 erfolgreich fortgeführt wird.

In dieser besinnlichen Zeit möchte ich aber auch den Genossinnen und Genossen denken, die im vergangenen Jahr aus unserer Mitte gerissen wurden. Stellvertretend möchte ich nennen: **Rudolf Alms** aus Broderstorf, **Maria Damaschke** aus Güstrow, **Paul Ebert** aus Laage, **Eggo Habel** aus Lelkendorf, **Heinrich Holtz** aus Güstrow. **Ernst Jahnel** aus Bad Doberan, **Prof. Dr. Antje Moll** aus Groß Lüsewitz, **Monika Redzimski** aus Teterow, **Rudolf Roloff** aus Kühlungsborn, **Ronald Schäfer** aus Laage, **Ruth Schilde** aus Schwaan, **Günter Waldschläger** aus Heiligenhagen, **Erna Wietzke** aus Gnoiern.

**Ich wünsche ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest. Im neuen Jahr möge uns Gesundheit die notwendige Kraft für die Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben geben.**

*Peter Hörnig, Vorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Landkreis Rostock*

## Protestaktion vor dem ARD-Hauptstadtstudio

Aus Anlass der Expertenanhörung zum Bundesteilhabegesetz forderte am 7. November ein linkes Bündnis von Menschen mit und ohne Behinderungen, das sich auf Initiative der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei *DIE LINKE* zusammengefunden hatte und bei dem auch Genoss\_innen aus Rostock dabei waren, Einlass in das ARD-Hauptstadtstudio. Konkretes Ziel des Bündnisses war es, dass die ARD Menschen mit Behinderungen eine Plattform bietet, um ihre Sicht zum Gesetzesentwurf darzulegen - getreu dem Motto „nicht über uns ohne uns“. Nach Meinung von Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte und Initiatorin der Aktion, werde die Berichterstattung über solche Themen immer noch viel zu einseitig aus der Perspektive der Politiker\_innen und Medienvertreter\_innen dargestellt und die tatsächlichen Verschlechterungen für bestimmte Gruppen von Menschen mit Behinderungen nicht wirklich sichtbar gemacht.

Denn nicht alle Betroffenen werden in Zukunft Teilhabeleistungen erhalten. So hat nur derjenige Anspruch auf Assistenz, der in fünf von neun Lebensbereichen „erheblich eingeschränkt“ ist. Was bedeutet das zum Beispiel für einen blinden Menschen, der ansonsten gesund und leistungsfähig ist? Wer keine Eingliederungshilfe erhält, landet in der „Hilfe zur Pflege“. Das ist eine Sozialhilfeleistung, die einkommens- und vermögensabhängig bleibt. Nach dem Gesetzesentwurf der Regierung können Menschen mit Behinderungen außerdem gezwungen werden, Assistenzleistungen auch gegen ihren Willen zu teilen.

Die ARD zeigte sich an jenem Tag Gesprächsbereit, wenngleich es für die Mitglieder des Bündnisses eine sehr schwierige Verhandlungsposition war. Zumindest gab es am Ende des Gesprächs die Aussicht auf eine Talkrunde bei „Anne Will“. Im Moment wird gerade über ein Konzept für eine solche Sendung beraten. Ob es am Ende jedoch wirklich zu einer solchen Sendung kommt und eine Debatte auf Augenhöhe zwischen Politiker\_innen und Betroffenen stattfinden wird, das ist bisher völlig offen.

*Margit Glasow, Mitglied des Landesvorstandes und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik*



# Bericht vom Rostocker Kreisparteitag

**Am 5. November kamen die Rostocker Genossinnen und Genossen zu einem Kreisparteitag in der Stadthalle zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung der Landtagswahl sowie daraus zu ziehende Schlüsse für die künftige politische Arbeit.**

Der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin dankte in seiner Rede zuerst den fleißigen Wahlkämpfern, mit deren Hilfe die Rostocker LINKE ihre Kampagnenfähigkeit unter Beweis gestellt habe. Ein Dank ging auch an die fleißigen Spenderinnen und Spender, die unseren Wahlkampf auf ein solides Fundament stellten. Ein besonderes Lob ging an den Jugendverband, der nicht nur in den Wahlkämpfen eine verlässliche Stütze geworden ist. Allein in diesem Jahr hat die Rostocker LINKE ca. 25 Neueintritte zu verzeichnen.

Im Wahlkampf lief Manches nicht so, wie es sich der Kreisvorstand gewünscht hätte. Aber lag es nur an den Plakaten und Parolen, dass DIE LINKE deutlich verlor? Genosse Penzlin ging in seiner Rede ausführlich auf den politischen Kontext und historische Prozesse ein, die unserem Landesverband bei Landtagswahlen schon länger zu schaffen machen. Die ideologische Bindung in der Bevölkerung ist schwächer geworden, was sich nachteilig für eine sozialistische Partei auswirkt. Die ältere Generation, die nach 1990 treu zu ihren linken Überzeugungen stand und uns ihre Stimme gab, stirbt langsam aus. Die mittleren Jahrgänge wählen kaum aus weltanschaulichen Überzeugungen, sondern entscheiden sich für die Partei, von der

ihren Nimbus als Protestpartei an die AfD verloren. Rechte Parolen ziehen gegenwärtig mehr als sozialer Protest. Der AfD ist es gelungen, das weit verbreitete Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung anzusprechen, während wir im Wahlkampf zu wenig auf dieses Gefühl eingegangen sind. Die Forderungen nach kostenlosen Kitaplätzen und mehr Pflegepersonal reichten natürlich nicht aus, das Unsicherheitsgefühl der Menschen zu bekämpfen. Zu wenig wurde den Menschen das Gefühl vermittelt, dass DIE LINKE nicht nur in einzelnen Punkten einen Mehrwert für den Wähler hat, sondern mir ihrer Programmatik



*Verabschiedung von Regine Lück*

auch einen großen Gegenentwurf zu dieser gespaltenen Gesellschaft: Mindestrente, höherer Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit, friedliche Außenpolitik. Das spielte im Wahlkampf keine Rolle, stattdessen wurde DIE LINKE als eine Art bessere SPD wahrgenommen. Die Menschen wählten dann lieber das Original mit dem populären Ministerpräsidenten. In Rostock gewann die SPD doppelt



sie sich den größten Mehrwert versprechen: sichere Arbeit, gute Löhne, gute Bildung für die Kinder, Sicherheit vor Kriminalität, etc. Offenkundig trauen uns die meisten Wähler nicht zu, diesen persönlichen Mehrwert für sie zu garantieren. Stärker ist DIE LINKE wieder bei den jungen Wählern, die noch Idealismus kennen und z.B. unsere Haltung in der Flüchtlingsfrage schätzen. Aber ihre Unterstützung muss immer wieder neu erkämpft werden. Etwas Anderes kommt hinzu: DIE LINKE hat

so viele Stimmen wie DIE LINKE, obwohl wir zwei Jahre zuvor bei der Kommunalwahl noch deutlich vor den Sozialdemokraten gelegen hatten.

Genosse Penzlin betonte, dass vor unserem Landesverband ein langer Prozess der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung liegt. In den kommenden Monaten wird es hierzu umfangreiche Beratungen geben. Auch auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 13.1. wollen wir uns ausführlich damit beschäftigen.

Auf dem Kreisparteitag wurde bereits deutlich, wohin der Weg geht. DIE LINKE muss klarer und schärfer werden, damit die Menschen – auch die vielen schlecht informierten – ein klares Bild von unserer Partei haben. Gradlinig müssen wir sein, ohne dabei in Populismus zu verfallen, forderte Genosse Penzlin. Wir haben grundsätzliche und realistische politische Alternativen, die wir beharrlich in den Raum werfen müssen; wir müssen um die Deutungshoheit über jene Fragen kämpfen, die tagtäglich in der Gesellschaft diskutiert werden. Das heißt aber auch, darauf wies Brigitte Schneider hin,

dass wir uns dort, wo wir uns engagieren, auch als LINKE zu erkennen geben. Und dass wir ständig den Dialog mit den jungen Menschen suchen sollten.

Wir müssen wieder mehr raus zu den Menschen und die Nähe zu ihnen suchen, forderte das Neumitglied Thomas Wiencke. DIE LINKE dürfe nicht weiter in einem Atemzug mit den „Altparteien“ genannt werden. Thomas organisiert deshalb einen monatlichen politischen Stammtisch in Dierkow, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Holm Dietz (Kreisvorstand) bekräftigte diesen Ansatz mit seiner Forderung, DIE LINKE müsse sichtbarer werden und den Kontakt auf der Straße suchen. Drei Themen müssten für uns im Vordergrund stehen: soziale Gerechtigkeit („Original sozial“ statt „Aus Liebe zu M-V“), Antimilitarismus und Antifaschismus, Vergesellschaftung der Grundversorgung. Das Bedingungslose Grundeinkommen sei derzeit die beste Idee, alle Bürger auf freie Füße zu stellen. DIE LINKE müsse radikaler werden, forderte Holm, denn Pragmatismus führe zu totaler Austauschbarkeit. Wir sollten aber keine reine Protestpartei sein; Rot-Rot-Grün im Bund sei eine Alternative zur jetzigen marktkonformen Demokratie. Kritik gab es von Holm auch am Zustand der Partei. Er beklagt eine Kluft zwischen Alt und Jung; die linken Ideale der Älteren sollten nicht vergessen werden. Er kritisierte zudem, dass aus seiner Sicht die Partei für junge Leute nach einem Politikstudium als Karriere-Sprungbrett diene.

Henry Klützke (Stadtteilsprecher Heide) ging in seinem Redebeitrag noch einmal kritisch auf unseren Wahlkampf ein, insbesondere auf die Standorte der Plakate. Er möchte künftig für die einzelnen Stadtteile eigenes Wahlkampfmaterial erstellen lassen, um auf lokale Schwerpunkte eingehen zu können. Sein Stadtteilverband wolle 2017 zum Thema Friedenspolitik auffallen. Er forderte zudem, dass sich der Landesvorstand flexibler an die politische Lage anpassen müsse, was im Wahlkampf offensichtlich zu wenig gelungen war.

*Fortsetzung auf S. 4*

# Rostocker Kreisparteitag - Fortsetzung

Fortsetzung von S. 3

Margit Glasow (Inklusionsbeauftragte des Parteivorstandes) griff am Beispiel des Bundesteilhabegesetzes die Forderung auf, den Menschen einen konkreten Mehrwert zu bieten. Der von der SPD als unheimlich wertvoll gelobte Gesetzentwurf ist nämlich nichts Anderes als ein Rückschritt für die betroffenen Behinderten. DIE LINKE hat auch hier die besseren Alternativen.

Senator Steffen Bockhahn nutzte den Parteitag, um aus seiner Arbeit zu berichten. Er informierte darüber, dass Rostock eine Modellkommune „Jugendgerechte Kommune“ werden wolle. Das bedeutet konkret, dass z.B. die Schüler selber über die Gestaltung ihrer Essensräume entscheiden und dabei lernen, wie Beteiligung konkret aussehen kann. Ist es nicht auch Unsinn, dass z.B. die Spielplätze ohne Beteiligung der Kinder gestaltet werden? Steffen ging zudem auf die Tarifsteigerungen in den Kitas ein und forderte eine stärkere finanzielle Beteiligung vom Land: „Was nutzt uns eine gut ausgestattete Kita, wenn sie sich niemand leisten kann?“

Eva-Maria Kröger berichtete aus der Landtagsfraktion. Die Arbeit wird schwieriger für DIE LINKE: Die Arbeit lastet auf weniger Schultern; viele parlamentarische Rechte sind ohne die Kooperation mit der AfD nicht mehr wahrnehmbar. Kein gutes Haar ließ Eva an der SPD, die ihre Politik nach Gutsherrenart unbeirrt fortsetze. Die Arbeit der Linksfraktion werde sich ändern, kündigte Eva an: Die Fraktion will frecher und schärfer werden, weniger kompliziert in der Ansprache der Menschen. Sie will sich auf

Schwerpunkte konzentrieren, also Mut zur Lücke zeigen, auch wenn das im parlamentarischen Alltag schwerfalle. Man wolle mehr vor Ort sein und enge Beziehungen zur Kommunalpolitik pflegen.



Noch ein paar Worte zur Rede von Dietmar Bartsch: Er griff scharf die Kanzlerin an und gab ihr eine Mitschuld an der Rechtsentwick-



Brigitte Schneider aus Warnemünde spricht

lung in Europa. Merkel trage die Verantwortung dafür, dass der Gedanke der Solidarität in Europa keine Rolle mehr spiele. Aber nicht

nur in Europa: Die Flüchtlinge seien Botschafter des Elends in der Welt. Der soziale Zusammenhalt sei auch in Deutschland am Schwinden, warnte Dietmar und verwies auf Kinderarmut und Steuerflucht. Man müsse viel mehr darüber reden, welcher obszönen Reichtum es in diesem Land gebe. Auch SPD und Grüne bekamen ihr Fett weg: Von den Grünen höre er im Bundestag immer tolle Reden, so Dietmar, aber wenn es zum Schwur komme, etwa bei der Abstimmung im Bundesrat zur Erbschaftssteuer, würden die Grünen kneifen. SPD und Grüne seien derzeit keine Alternative. Den Deutschen müsse klar sein, nur DIE LINKE schließe hundertprozentig aus, Merkel im Bundestag wieder zur Kanzlerin zu wählen.

Dietmar hält auch nichts davon, die Rentenfrage aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Er bezeichnete es als Volksverarschung, dass sich Sellering und Nahles vor dem Landtagswahl medienwirksam für die Rentenangleichung einsetzten. Denn konkret sei bis heute nichts passiert. Noch immer ist es so, dass auch junge Leute im Osten andere Rentenansprüche erwerben als Menschen im Westen. Das Thema Rente ist kompliziert, gab Dietmar zu. Er fordert eine Mindestrente von 1050 Euro; alle müssten in die Rentenkasse einzahlen; es müsse eine Höchstrente geben. Dietmar fordert, dass sich DIE LINKE im Bundestagswahlkampf auf 2-3 Punkte konzentriert: Wir müssen uns als Partei der sozialen Gerechtigkeit präsentieren und unsere friedenspolitischen Alternativen konkretisieren.

Text: Carsten Penzlin; Fotos: Nico Burmeister, Eva-Maria Kröger

## Nico Burmeisters Rede auf dem Parteitag

Angelique, Jenny, Juliane, Lisa, Marie, Medea, Nicole, Nurgül Benjamin, Christian, Christoph, Christopher, Christian, Eike, Fabian, Felix, Hannes, Julian-Kay, Kalin, Karsten, Kevin, Maik, Markus, Maximilian, Michael, Johannes, John, Patrick, Paul, Phillip, Ron, Sandro, Sebastian, Stefan, Tim, Thomas, Tobias, Oliver, Vincent Liebe Genoss\*innen und Genossen, unserer Partei wird immer wieder nachgesagt wir seien die mit dem höchsten Altersdurchschnitt und wir würden bald aussterben. Die Namen, die ich euch gerade vorge-

lesen habe, sind junge Menschen, die sich in und um unseren Kreisverband engagieren. Wir sind nicht die ältesten – wir gehören in Rostock zu den jüngsten! Lasst euch eines gesagt sein: kein anderer Parteijugendverband hat bundesweit in den vergangenen Jahren so viele Neueintritte zu verzeichnen, wie unser. Wir können diese Entwicklung auch in Mecklenburg-Vorpommern beobachten. In den letzten zwei Jahren haben sich in den kleinsten Ecken M-V's Jugendliche zusammengenommen, um linkspolitisch aktiv zu werden. Wir

haben nicht mehr nur in den großen Universitätsstädten Greifswald und Rostock Hochschul- und Jugendgruppen, sondern auch in Städten wie Neubrandenburg und Schwerin sind neue Gruppen entstanden. In Stralsund, lange das Sorgenkind unseres Landesverbandes, gibt es eine sehr große Gruppe junger Menschen. In Orten wie Torgelow oder auch Crivitz in Landkreis Ludwigslust-Parchim, wo unser Genosse Marcel Eggert heute als Fraktionsgeschäftsführer arbeitet, gibt es junge Menschen, die sich organisieren. Und in Rostock? Wir haben es geschafft,

unsere Hochschulgruppe SDS und die Jugendgruppe [solid] zu einer großen Gruppe zu fusionieren: die linksjugend Rostock. In den wenigen Monaten die es die linksjugend Rostock gibt haben wir viel erreicht: Wir haben erfolgreich auf dem Christopher Street Day unsere Partei vertreten, wir waren mit einem aufsehenerregenden Auftritt auf dem Campustag der Universität Rostock präsent und haben dabei mehr als 1000 Tüten mit Infomaterial, Kugelschreibern und anderen interessanten Dingen verteilt. Wir haben neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewonnen – für den Jugendverband und die Partei.

Erst am vergangenen Freitag haben wir eine Veranstaltung mit über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Zu Gast hatten wir unseren Genossen Günter Walther, der aus seinen Erlebnissen aus der Zeit der Hitlerjugend und der Befreiung berichtete. An dieser Stelle, lieber Günter, sei dir nochmals der herzlichste Dank aller Aktiven unserer Jugendgruppe übermittelt. Wir hoffen, es hat dir genauso viel Spaß gemacht, wie uns. Auch den vergangenen Landtagswahlkampf haben junge Genossinnen und Genossen

maßgeblich mitgestaltet. An vielen Stellen konnten wir helfen, wo ältere Genossen es gesundheitlich nicht mehr schafften, Material zu verteilen oder Infostände durchzuführen. Viele neue Ideen haben wir umgesetzt. Der Wahlkampfauftakt in Warnemünde und die Trucktour am Ende der heißen Wahlkampfphase in den Stadtteilen Lütten-Klein und Evershagen wären organisatorisch nicht so optimal verlaufen, wenn wir nicht die vielen fleißigen Bienchen der linksjugend Rostock gehabt hätten. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank.

Die jungen Menschen, die zu uns kommen und in unserer Partei ihre politische Heimat finden, sind mehr wert als Goldstaub. Und genauso müssen wir sie behandeln. Auch wenn die Ideen und Herangehensweise jüngerer Menschen uns älteren – und ja ich sage

bewusst UNS älteren – oft skurril, ja sogar unerhört vorkommen – lassen wir ihnen den Raum, den sie brauchen um ihre eigenen Wege zu finden. Jede Generation findet neue Lösungswege für die Probleme der Zeit auf ihre Weise. Neue Köpfe bringen neue Ideen

hervor und das kann für eine linke pluralistische Partei nur gut sein.

Ohne diese neuen Köpfe wäre unser Kreisverband gar nicht mehr zu denken.

Glauabt deshalb niemandem mehr, der sagt „unsere Partei hätte keine Zukunft“

oder „wir würden bald verschwinden.“ Nein, wir verschwinden nicht – im Gegenteil! Wir haben gerade erst angefangen, dieses Land zu verändern!

In diesem Sinne möchte ich mit einem Zitat von Gregor Gysi endet, dass da lautet: Kopf hoch – und nicht die Hände! ;-)



## Neujahrgrüße der Kreisvorsitzenden

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2016 geht zu Ende. Ein Wahljahr liegt hinter uns, und schon wartet die nächste große Herausforderung: die Bundestagswahl 2017. Auch wenn es nach der Enttäuschung bei der Landtagswahl verwegen erscheint, gehen wir doch mit Optimismus an die Aufgabe heran, für DIE LINKE das Direktmandat in Rostock und Umgebung zurückzuerobern. Wir werden im September sehen, ob unser Optimismus seine Berechtigung hatte – aber wir sollten uns selbstbewusst große Ziele setzen und dann mit ganzer Kraft für die Erreichung dieser Ziele kämpfen.

Wir konnten im vergangenen Jahr zahlreiche neue Genossinnen und Genossen im Kreisverband begrüßen und einige von ihnen bereits in die Parteiarbeit einbeziehen. Sie werden uns sicher auch im Wahlkampf eine wichtige Stütze sein. Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns noch einmal

herzlich bei allen fleißigen Helferinnen und Helfern bedanken, die im Landtagswahlkampf für ein gutes Ergebnis gekämpft haben. Bei vielen war die Enttäuschung am Wahlabend groß, aber bei den meisten ist auch der feste Wille erkennbar, mit ihren Ideen zum inhaltlichen und organisatorischen Neuanfang im Landesverband beizutragen. Unser Dank geht auch an unsere bisherigen Landtagsabgeordneten Regine Lück und Hikmat Al-Sabty für ihre tolle Arbeit im Landtag.

Schon im Bundestagswahlkampf werden wir sehen, ob wir die richtigen Lehren aus dem Landtagswahlkampf gezogen haben. Vielleicht habt Ihr kürzlich die Haushaltsdebatte im Bundestag verfolgt oder zumindest die Rede von Sahra Wagenknecht gehört. Wenn wir mit der gleichen Angriffslust in den Wahlkampf ziehen und das Versagen der Großen Koalition in der sozialen Frage und der Friedenspolitik bloßstellen, wird man uns als einzige ver-

nünftige Alternative zur Politik des „Weiter so“ erkennen. Wenn unsere Gegner uns als Populisten beschimpfen, werden wir ihnen unsere Konzepte entgegenhalten. Unsere Vorschläge sind gut durchdacht und durchgerechnet. Sie können helfen, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, die Demokratie zu stärken und die Welt friedlicher und gerechter zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, im Namen des Kreisvorstandes möchten wir uns bei allen bedanken, die mit ihrem persönlichen Einsatz auf vielfältige Weise die Arbeit der Rostocker LINKEN unterstützen. Wir wünschen Euch erholsame Feiertage, Gesundheit, Wohlergehen und ein wachsameres Auge auf die Ungerechtigkeiten in der Welt.

*Eva-Maria Kröger & Carsten Penzlin  
Kreisvorsitzende DIE LINKE. Rostock*

### Karlaugust Arndt 65 Jahre Mitglied der LINKEN

Karlaugust ist Linker seit dem 5.1.1952. Unermüdlich liest und arbeitet er linke Literatur durch. Er sucht das Gespräch mit allen Menschen seiner Umgebung, egal ob Dienstleister, Bekannte, Saunagänger, Nachbarn, Verwandte und Genossen im Stadtteilverband, um Sie mit linken Informationen und Ideen zu versorgen. Er investiert nicht nur Mitgliedsbeiträge und Spenden an seine Partei, sondern auch Geld in die Verteilung der Zeitschrift der Bundestagsfraktion, das Magazin „Clara“, im Ortsteil Markgrafenheide, weil er sie für sehr informativ hält und die Einwohner teilhaben sollen.

Mir gibt er Anregungen und Denkanstöße für offensiveres Auftreten in der Öffentlichkeit. Wichtigstes Anliegen ist ihm, dass DIE

LINKE das Streben nach Frieden als **wichtigste** Aufgabe sieht!

*Henry Klützke, Stadtteilverband Heide*



# Denken mit Peter Weiss - Zur Stafettenlesung des Romans „Ästhetik des Widerstands“

Die Ankündigung elektrisierte mich: das dreibändige Romanwerk von 1000 Seiten Umfang des wichtigsten Autors der deutschen Nachkriegsliteratur, Peter Weiss, wird von einhundert Vorlesern in einer Zeit von über fünfzig Stunden ohne Pause – wie am Stück – vorgetragen. Hier in Rostock, hier im Peter-Weiss-Haus in der Doberaner Straße. Aus Anlaß des 100. Geburtstages des Malers, Filmautors, Dramatikers und Schriftstellers fand die „Stafettenlesung“ seines Hauptwerks „Die Ästhetik des Widerstands“ statt. Parallel dazu liefen Filmvorführungen, wurde im Volkstheater eine szenische Lesung aufgeführt, trafen sich Gesprächsrunden mit Literaturwissenschaftlern, Lektoren, Theaterkritikern, Dramaturgen und Schauspielern. Zu gerne hätte ich das volle Programm in den Tagen vom 4. bis zum 13. November genossen, doch die sprachliche und kompositorische Wucht und der unversiegbare, trotzige, revolutionäre Geist des Romans, an dem Peter Weiss lange Jahre arbeitete, hielten mich in ihrem Bann. Nach der Eröffnung durch die Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dagmar Enkelmann, den Leiter des Peter-Weiss-Hauses, Stefan Nadolny, und den Projektleiter Friedrich Burschel am Vormittag des 11. November begann die rasante Lesung als Chor von Schauspielstudenten der Hochschule für Musik und Theater und von Künstlern des Volkstheaters. Sie eröffneten die Reihe der in den folgenden Tagen und Nächten Vorlesenden. Unbekannt war mir der Inhalt des großen Romans nicht, aber umso mehr fesselte mich, wie Peter Weiss ein historisch europaweites Panorama des Jahrzehnte währenden Kampfes der Arbeiterbewegung und des opfervollen Widerstandes in der Zeit des aufkommenden und dann totalitär herrschenden, verbrecherischen Faschismus ausbreitet. Dabei scheut er nicht, zu zeigen, wie gewonnen und Siege errungen wurden, aber auch, wie Auseinandersetzungen, Streit und Bruderzwist zum Scheitern führten. Er verschweigt nicht, daß Irrtümer, Fehlentscheidungen, blinde Machtbesessenheit und die mörderischen Verheerungen des Stalinismus den Kampf um die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung, Knechtschaft und Unterdrückung schweren Schaden zufügten. In dem literarischen Denkmal „Ästhetik des Widerstands“ führt der Autor den Leser meisterhaft zu berühmten Werken des künstlerischen Welterbes. Bei der Betrachtung des Pergamonaltars mit seinen Figuren auf dem 113 Meter langen antiken Fries wird einleuchtend und überzeugend der immerwährende Kampf um die Freiheit des Menschen geschildert. Überwältigend

für den Leser ist der Vergleich des Götter- und Gigantenkampfes mit den illegalen Aktionen und dem andauernden, zähen, unerbittlichen Widerstand, den Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten, bürgerliche Hitlergegner und Antifaschisten jeglicher Herkunft in Deutschland, in Frankreich im Exil, im bewaffneten Kampf der internationalen Brigaden gegen die Franco-Diktatur zur Verteidigung der spanischen Republik, gegen Nazikollaborateure und Agenten der Gestapo und deren Hintermänner in den skandinavischen Ländern führten.

Peter Weiss bringt uns durch die Deutung der Gestalten des Pergamonaltars zur Erkenntnis, daß ein erbarmungsloser Kampf zwischen den Oberen und den Unteren in der antiken Geschichte mit Qualen und Schmerzen verbunden stattfand – so wie immer in der menschlichen Gesellschaft. Das soll, wie ich es verstehe und wie es uns Peter Weiss sagt, eine Lehre für den Klassenkampf sein.

Muß man nicht den Satz aus dem dritten Band des Romans als Aufforderung, als politischen Aufruf verstehen?

„Ich würde mich vor den Fries begeben, auf dem die Söhne und Töchter der Erde sich gegen die Gewalten erhoben, die ihnen immer wieder nehmen wollten, was sie sich erkämpft hatten ... sie müßten selber mächtig werden dieses einzigen Griffs, dieser weit ausholenden und schwingenden Bewegung, mit der sie den furchtbaren Druck, der auf ihnen lastete, endlich hinwegfegen könnten.“

Ein bei der Lesung des Romans stark berührender Moment war die Erzählung über die junge Kommunistin Charlotte Bischoff. Als Exilantin in Schweden erhielt sie den gefährlichen Auftrag, die illegalen Kontaktkanäle zu den antifaschistischen Zellen in Deutschland zu erkunden und wiederherzustellen.

In einem Frachter wurde sie im untersten

Raum des Schiffsrumpfes versteckt und erreichte unter Lebensgefahr nach tagelanger Fahrt im Juni 1941 den Hafen in Bremen. Von dort aus gelang es ihr Berlin zu erreichen und in Verbindung mit deutschen Widerstandskämpfern zu kommen. Will man von einem dramatischen Höhepunkt im Roman und in der Stafettenlesung sprechen, so ragen die Berichte über das Sterben, über die Hinrichtung der Mitglieder der Widerstandsorganisation Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, von der Gestapo als „ROTE KAPELLE“ bezeichnet, heraus. Mit der emotional aufwühlenden Schilderung ihrer Auslöschung überträgt uns Peter Weiss nicht nur literarisch, sondern politisch die Verpflichtung, nie wieder und um keinen Preis, Faschismus in irgendeiner Abart und Form, Maske und Verkleidung zu dulden. Wir müssen dabei der Worte des im Dezember 1942 hingerichteten Harro Schulze-Boysen eingedenk sein: „Wenn wir auch sterben sollen, so wissen wir: die Saat geht auf. Wenn Köpfe rollen, dann zwingt doch der Geist den Staat! Glaub mit mir an die gerechte Zeit, die alles reifen läßt!“

Für die Veranstaltungen zum 100. Geburtstag von Peter Weiss können und müssen wir Rostocker dankbar sein. Ihr kultureller Inhalt ist nicht hoch genug zu schätzen. Lob und Anerkennung für die Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Peter-Weiss-Hauses für den organisatorischen Aufwand, den sie leisteten. Mein Schlußgedanke: Peter Weiss erinnert und erweckt Hoffnungen. Er sagt uns: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Wie es wird, entscheiden wir. Heute. Morgen. Im Widerstand. Im Kampf.

Manfred Adam  
Rostock, 17.11.2016

## Weihnachten versenken, Abo verschenken!

Weihnachten ist die Zeit, sich mal in gute Lektüre zu versenken – eine Freude, die Sie auch Freunden und Bekannten zuteil werden lassen sollten! Deshalb jetzt das fette »nd«-Abo klarmachen, zwei Monate verschenken – und die smarte Ausspäh-Schutzhülle fürs Handy gleich mit einsacken!

Bestellbar: [www.neues-deutschland.de/abo](http://www.neues-deutschland.de/abo) • Tel. 030-29781800 • [abo@nd-online.de](mailto:abo@nd-online.de)

\* Das Angebot gilt nur für NeuabonnentInnen und verlängert sich NICHT automatisch.

# Bundesteilhabegesetz - Teil 2

## Das Bundesteilhabegesetz und das Dritte Pflegestärkungsgesetz in Kürze

### Das Bundesteilhabegesetz in Kürze

Die Ziele des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sind im Koalitionsvertrag beschrieben:

- Größtes sozialpolitisches Reformvorhaben der Bundesregierung
  - Die Teilhabesituation von Menschen mit Behinderung soll umfassend verbessert werden.
  - Die Eingliederungshilfe soll zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden.
  - Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und im Rahmen eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden.
  - Das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen soll im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention gestaltet werden.
  - Die Kommunen sollen bei den Kosten der Eingliederungshilfe um 5 Milliarden Euro entlastet werden.
- Das Bundesteilhabegesetz ist ein sehr umfangreiches Gesetz und ...
- wirkt in vielen anderen Gesetzen (Artikelgesetz)
  - verschiebt alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe in das Recht der Rehabilitation
  - regelt die Leistungen der Eingliederungshilfe auch inhaltlich neu
  - verändert die Regelungen zur Kostenheranziehung von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen
  - bestimmt das Verfahren zur Beantragung und Bedarfsermittlung der Teilhabeleistungen
  - reformiert das Vertragsrecht zwischen den Einrichtungen/ Diensten und den Kostenträgern der Eingliederungshilfe
  - verändert die Schnittstelle zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung. Das Pflegestärkungsgesetz III wird gleichzeitig mitgeregelt
  - erneuert das Recht zur Teilhabe am Arbeitsleben
  - reformiert den Allgemeinen Teil des Sozialgesetzbuchs (SGB) IX

## Das Dritte Pflegestärkungsgesetz in Kürze

### Das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III)

- stärkt die Rolle der Kommunen bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen

- führt den Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in der Hilfe zur Pflege ein
- regelt die Schnittstelle zur Eingliederungshilfe neu

© 2016 Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. - 35043 Marburg, Raiffeisenstraße 18, E-Mail: bundesvereinigung@lebenshilfe.de

Susanne Krone, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Landkreis Rostock

All das hört sich ja gar nicht so schlimm an, aber warum gibt es nun den starken Protest gegen den Entwurf des BTHG, hier einige Beispiele ...

### Protest in Marburg am 3.11.: Nicht mein Gesetz

Viele Fragen stellen sich, einige hat der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. in einem Fragenkatalog zusammengestellt. Hier mal zwei Beispiele:

### Der Zugang zu den Leistungen der Eingliederungshilfe

Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe müssen einen personellen oder technischen Unterstützungsbedarf in mindestens fünf der neun ICF-Lebensbereiche haben. Diese Zugangsbeschränkung birgt das Risiko, dass Menschen mit Behinderung von Leistungen der Eingliederungshilfe ausgeschlossen werden, die heute zum Kreis der Menschen mit wesentlichen Behinderungen zählen und Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen. Die im Gesetzentwurf zusätzlich aufgenommene „Kann-Regelung“, nach der Personen auch unterhalb der „5-von-9-Schwelle“ Leistungsberechtigte sein können, heilt den Mangel nicht. Die „Kann-Regelung“ stellt keinen gesicherten Rechtsanspruch dar.

### Frage:

Ist wirklich gewollt, dass z. B. junge Kinder mit Behinderung und einem Entwicklungsrisiko von Leistungen der heilpädagogischen Frühförderung ausgeschlossen werden, weil sie die „Schwelle 5 von 9“ nicht überschreiten?

Die Zugehörigkeit zum leistungsberechtigten Personenkreis löst selbst keine Leistung aus. Die Erforderlichkeit von Leistungen wird im Bedarfsfeststellungsverfahren ermittelt.

Warum kann auf die Hürde nicht verzichtet werden?

Oder die Frage zur Bedarfsfeststellung ...

### Koordination, Verfahren und Instrumente

Für eine personenzentrierte Leistung ist eine umfassende Bedarfsfeststellung und Leistungsplanung erforderlich. Was nicht ermittelt wird, geht im Alltag verloren, da die Gesamtverantwortung des stationären Systems aufgegeben wird. Dazu gehört auch, dass bei komplexen Bedarfen auch die Leistungskoordination berücksichtigt wird, um die sich jemand kümmern muss. Die vorgesehenen Regelungen sind deutlich differenzierter als die bestehende Rechtslage. Risiken liegen in den Abweichungsmöglichkeiten der Länder. Das Zusammenwirken zwischen den Regelungen der Eingliederungshilfe und den übrigen Reha-Trägern kann verbessert werden. Hier sollten Anpassungen vorgenommen werden, die eine weitestgehende Übereinstimmung der Verfahren gewährleisten. Der Ausschluss der Eingliederungshilfeleistung von der Selbstbeschaffung ist unbegründet. Die Durchführung von Gesamtplan- und Teilhabeplankonferenzen darf nicht ins Ermessen der Leistungsträger gestellt werden.

### Frage:

Warum ist die Eingliederungshilfe, obwohl sie nicht mehr Sozialhilfe ist, von der Möglichkeit der Selbstbeschaffung ausgeschlossen? Ist für Sie ein transparentes und partizipatives Verfahren vorstellbar, bei dem vorne ein Antrag eingegeben wird und hinten ein Bescheid herauskommt, ohne dass jemand mit dem Menschen mit Behinderung gesprochen hat? Muss nicht immer eine Teilhabe- oder Gesamtplankonferenz stattfinden, wenn der Mensch mit Behinderung dies wünscht?

Offen bleibt auch nach der Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales am 07.11.2016, inwieweit nun die die Bundestagsabgeordneten das Bundesteilhabegesetz zu einem Gesetz machen, das den gesetzten Ansprüchen der Bundesregierung und der Erwartung von Menschen mit Behinderung gerecht wird.

Verkanntes Selten  
(von Jürgen Riedel)

Selten gibt es kein kleineres übel  
Beispiel:  
dübel-sensibler Trump gegen Clinton  
Nichtwählen  
bei gleichgroßem Kübel voll übel!  
Trump trampelt demokratische Werte nieder  
Clinton heuchelt und kauft sie kaputt

Abendländische Werte  
(von Jürgen Riedel)

1095  
vereinnahmte sie ein Papst  
im Gierblick die Eroberung Jerusalems  
mit dem heiligen Schwert der Christenheit  
gottgewünscht wäre Gemetzel an Moslems  
heute  
vereinimmt sie CDU/CSU  
trotz mündungsfeuerheißer Gebete  
in Richtung Rüstungsindustrie  
trotz Teufels-Werk mitschuldig zu sein  
an der Flucht aus muslimischen Ländern

# Aus dem Rostocker Kreisvorstand

## Informationen zur Sitzung des Kreisvorstandes vom 24.11.2016

Katharina Schlaack informierte den Kreisvorstand darüber, dass sie aus beruflichen Gründen ihre Mitarbeit im Kreisvorstand einstellt. Der Kreisvorstand bedankt sich bei Katharina für ihr langjähriges Engagement für DIE LINKE und wünscht ihr alles Gute. Wir werden auf dem nächsten Kreisparteitag ein neues weibliches Mitglied für den Kreisvorstand wählen.

Der Kreisvorstand wertete den Kreisparteitag vom 5.11. aus und zog eine positive Bilanz. Erfreulich war insbesondere die rege Beteiligung an der Generaldebatte. Eine ausführliche Auswertung könnt Ihr im nächsten KLARTEXT lesen.

Auf dem Parteitag wurden erste Themenvorschläge für den Bundestagswahlkampf gesammelt. Als Schwerpunkte haben sich folgende Themen herauskristallisiert: Soziale Gerechtigkeit, Armut/Reichtum, Friedenspolitik, Flüchtlingspolitik/Antifaschismus. Zu jedem dieser Themenkomplexe bietet der Kreisvorstand vertiefende Diskussionsveranstaltungen an. Folgende Termine stehen bereits fest:

15.12., 10 Uhr Ortsamt Reutershagen, zum Thema Flüchtlingspolitik/Antifaschismus

9.1., 16 Uhr Volkssolidarität Bremer Str. 24, zum Thema Soziale Gerechtigkeit

10.1., 18 Uhr Berghotel Südstadt, zum Thema Friedenspolitik

19.1., 17:30 Uhr Ortsamt Reutershagen, zum Thema Soziale Gerechtigkeit

Die Veranstaltungen stehen allen Genoss\*innen des Kreisverbandes offen. Beteiligt Euch bitte zahlreich an den Diskussionen, deren Ergebnisse wir an den Parteivorstand weiterleiten wollen.

Neben der Diskussion über das Bundestagswahlprogramm wollen wir in den kommenden Monaten auch über die künftige Arbeit des Landesverbandes mit Euch ins

## BAG Kommunalpolitik im Rosa-Luxemburg-Haus in Berlin

Früh aus den Federn, um bei saumäßigem Regen von Rostock abzufahren, damit man pünktlich vor Ort ankommt. Bei Laage hörte der Regen auf, um ein paar Stunden ohne Scheibenwischer fahren zu können. Am Berliner Ring fing es dann so zu regnen an, dass es die 2. Stufe knapp geschafft hat. Aber trotz alledem gut in Berlin angekommen. Nach und nach kommen auch der Vorstand und weitere Mitglieder aus der ganzen Republik in die Versammlungsräume.

Der Sprecherrat stellte sich vor, dass heute

Gespräch kommen. Hierzu hatte der Landesparteitag die Veranstaltung von Regionalkonferenzen beschlossen. In Rostock wollen wir am 13.1. im Anschluss an die Aufstellung unseres Direktkandidaten zur Bundestagswahl diese Diskussion führen. Dabei geht es vor allem um eine inhaltliche Neuausrichtung, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, die Gewinnung von Jungwählern sowie um organisatorische Schlussfolgerungen aus der Landtagswahl. Bei Bedarf soll es zu ausgewählten Aspekten vertiefende Veranstaltungen geben.

Christian Albrecht stellte erste Überlegun-

**Mehr Lohn! Mehr Rente!  
Armut bekämpfen!**

**DIE LINKE.**

gen zu einer projektorientierten Arbeit im Kreisverband vor. Es gibt für die Basis zu wenig Angebote für inhaltliche Arbeit im Kreisverband. Die bestehenden Strukturen sind für Neumitglieder, die oft aufgrund eines besonderen Themas in die Partei eingetreten sind, wenig attraktiv. Wir wollen daher künftig mehr an konkreten Projekten arbeiten, also zeitlich begrenzt und mit einem festen Ziel. Die Projektgruppen sollen aus der Basis heraus durch interessierte Genoss\*innen gebildet werden, auch Nichtparteimitgliedern offenstehen und eine engere Zusammenarbeit mit den Fraktionen der LINKEN befördern. Die bestehenden Organisationsstrukturen (BO, Stadtteilverband) bleiben davon unberührt, die Projektgruppen sollen vielmehr eine Ergänzung darstellen.

Ausführlich diskutierte der Kreisvorstand über das weitere Agieren der Rostocker

nicht alle Mitglieder anwesend sein können, da viele Landes- und Kreisparteitage angesetzt waren. Es wurde das ganze Programm vorgestellt mit den einzelnen Schwerpunkten. KOMMUNE ZUKUNFT soll der erste Leitanspruch sein. Es sollen Leitlinien erarbeitet werden, wo alle Kommunalpolitiker an einem Strang ziehen sollten, um das Gesamtbild der Partei nach außen vertreten zu können. Zweiter Part soll die Aufstellung der ehemaligen Mitarbeiter (hauptamtliche und ehrenamtliche) in einer Broschüre sein, damit keiner verloren geht im Netz der Ahnungslosigkeit. Das heißt das Wissen zu bündeln, um dann mal darauf zugreifen zu können.

Es soll quartalsmäßig eine Konferenz des

LINKEN in der Debatte über die Zukunft des IGA-Parks und des Stadthafens. Der Kreisvorstand war sich einig, dass Rostock in diesen Fragen endlich Entscheidungen benötigt. In der Stadtgesellschaft herrscht viel Verdruss über die gegenseitigen Blockaden in der Stadtpolitik. Ein Bürgerentscheid wird im Kreisvorstand mehrheitlich als die beste Möglichkeit angesehen, die viele Jahre dauernde Debatte zu einem Ende zu führen. Dabei ist uns aber bewusst, dass über ein sehr komplexes Problem abgestimmt würde (es geht nicht allein um den Standort des Traditionsschiffs,

sondern um die Entwicklung von IGA-Park und Stadthafen insgesamt) und dass die Öffentlichkeit mit verlässlichen Informationen versorgt werden muss. Es müssen also Bedingungen an einen Bürgerentscheid geknüpft werden.

Kreisvorstand und Bürgerschaftsfraktion wollen gemeinsam über das weitere Vorgehen beraten. Sollte tatsächlich ein Bürgerentscheid durchgeführt werden, will DIE LINKE auf

Einwohnerversammlungen über die Entwicklung von IGA-Park und Stadthafen ins Gespräch kommen. Unterschiedliche Ansichten gab es im Kreisvorstand darüber, ob wir nicht nur einen Bürgerentscheid fordern, sondern uns auch zum Inhalt des Entscheids positionieren sollten. Thomas Wiencke informierte den Kreisvorstand über seine Pläne, im nächsten Sommer in Dierkow ein Benefizturnier Rostocker Freizeit-Fußballspieler zu organisieren. Wir freuen uns über diese Initiative und werden Thomas dabei tatkräftig unterstützen.

Im Bundestag fand in der vergangenen Woche die Haushaltsdebatte statt. Die Rede Sahra Wagenknechts könnt Ihr hier noch einmal anschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=j9d4xOKfgME&feature=share>

*i.A. Carsten Penzlin, Kreisvorsitzender*

BAG-Sprecherrates auf der SYK-Basis erfolgen, zwecks guter Info zur Kommunalpolitik. Im November des Jahres soll ein Treffen in Berlin erfolgen.

Bis gegen 13 Uhr wurde eine gute Diskussion geführt, um danach einen kleinen Imbiss zu sich zu nehmen. Ab 14:30 Uhr ging es weiter mit Dietmar Bartsch und Steffen Bockhahn über die Vernetzung innerhalb der Partei. Dabei ist ein Programm aufzustellen, wo jeder mit einfachen Mitteln und einfachem Denken sich einbringen kann. Gegen 18 Uhr wurde dann der Schluss eingeläutet. Rückfahrt mit sehr viel Regen.

*Klaus Ledebuhr*



# Selbstbetrachtung im Spiegel einer Arbeitsgemeinschaft

Als ich vor zwei Jahren, einige Zeit nach meinem 65. Geburtstag eine Einladung für Jubilare in den Kreisvorstand Rostock erhalte, bin ich angenehm berührt und habe die Möglichkeit daran teilzunehmen. Während der Feierstunde im Kreise der meist älteren Jubilare werde ich Zeuge eindrucksvoller Erfahrungsbereiche und vernehme, unter welchen schwierigen Bedingungen die GenossInnen verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen hatten. Mein vollzogener Renten-Eintritt macht es mir leicht, der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock der Linken beizutreten, mit der mich an diesem Tag Karl-Ludwig Spengler bekanntmacht. Ich freue mich auf das Mitwirken in einer Gemeinschaft, die sich mit seniorenpolitischen Forderungen, also mit den Fragen meiner eigenen Zukunft befasst. So erhoffe ich mir einerseits weitere Einblicke in gesellschaftliche Zusammenhänge, andererseits eine gewisse soziale Isolation zu überwinden, die ich berufsbedingt infolge überdurchschnittlich langer Arbeitszeiten an einem wenig „vernetzten“ Arbeitsplatz verspürte. Heute kann ich sagen, dass sich meine Erwartungen erfüllt haben, was ich in erster Linie den Mitgliedern der AG verdanke, die mich nicht allein an Lebensjahren übertreffen sondern mit ihrer fachlichen, politischen und menschlichen Reife, die sie auf langen Entwicklungswegen und in vielfältigen Bewährungssituationen erworben haben.

Als im 1. Quartal d. J. Karl-Ludwig gesundheitsbedingt u.a. den Vorsitz der AG aufgeben muss, fällt die Wahl auf mich, was mich zwingt, auf ein gutes Zeitmanagement zu achten, das ich früher eher vernachlässigen zu können glaubte. Stärker als gedacht trägt die AG nun zu einer für mich anspruchsvollen Lebensperspektive bei. Das liegt wesentlich an der Unterstützung, die ich durch die AG-Mitglieder erfahre, in besonderem Maße nach wie vor durch Karl-Ludwig, der mir neben inhaltlichen Hinweisen mit vielen Informationen hilft, u.a. die Zusammenarbeit mit wichtigen Gremien und Organisationen, wie

Seniorenbeirat und VdK, zu nutzen.

In der AG wurden die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen ebenfalls kritisch ausgewertet. Stärker soll in der politischen Arbeit wieder unsere Friedens-Position sichtbar werden. Das liegt den Mitgliedern der AG, die in ihrer Mehrzahl Kriegs- und Nachkriegsjahre bewusst durchleben mussten, besonders am Herzen. Die AG wird als einen Schwerpunkt die politische Bildung in ihren Arbeitsplan aufnehmen (für Mitglieder und Sympathisanten/Bürger). Mancher Schwerpunkt ist nicht neu, muss aber immer wieder entsprechend der aktuellen Gesetzeslage und veränderten Lebenspraxis behandelt werden, wie das Thema „Sicherheit im Alter“. Der alle Generationen betreffende Kampf um gerechte Renten wird für uns ein Thema in Vorbereitung der Bundestagswahlen sein.

»Nahles' Kompromissvorschlag zur Verhinderung von Altersarmut dient ausschließlich der Friedhofruhe in einer handlungs- und ideenlosen Koalition, nicht aber den Rentnerinnen und Rentnern in diesem Land. Auch 26 Jahre nach der Einheit brechen Union und SPD mit ihren eigenen Wahlversprechen, die Rente endlich armutsfest zu machen. Nach dem Rentengipfel ist klar: Die GroKo leistet auch zukünftig lieber Finanzzuschüsse für Sozialbestattungen, statt Rentnern einen armutsfesten (Un)Ruhestand zu ermöglichen. Sie haben alle wirklichen Reformschritte hin zu einer armutsfesten Rente beerdigt. Es bewahrheitet sich immer mehr:

**Schäubles schwarze Null heißt Andrea Nahles!** *« Dietmar Bartsch*

Die Pdf-Datei zum Vortrag des Rentenpolitischen Sprechers Matthias W. Birkwald am 22.10.16 sollte jetzt in jeder Basisorganisation für alle Mitglieder als Argumentationshilfe zur Verfügung stehen.

Unsere AG-Mitglieder verfügen über ein großes Potential an politischem wie fachlichem Wissen, das sie als Zeitzeugen soweit wie möglich weitergeben wollen. Dafür Rahmenbedingungen auch in der Öffentlichkeit zu schaffen, wird jetzt ebenfalls eine Aufgabe vor den Bundestagswahlen sein. Das wird uns dann leichter fallen, wenn wir uns organisatorisch auf breitere Schultern stützen können. Mitstreiter, ganz ohne Altersbeschränkung nach unten oder oben, sind deshalb in der AG Seniorenpolitik sehr willkommen.

armut“. Zu seinen Ausführungen kann man eine Broschüre in Berlin anfordern. Nachdem sich alle am Büfett gestärkt hatten, erhielten langjährige Mitstreiter ein Buchgeschenk mit einer persönlichen Danksagung von Katja Kipping und Bernd Rixinger. Aus unserem Bundesland wurden für ihre langjährigen und herausragenden Leistungen Erika Weigelt (Barth), Ilse Gotthardt (Rostock) (Schatzmeisterin der LAG) und der langjährige Sprecher Karl-Ludwig Spengler (Rostock) geehrt.

Die Verstärkung ist auch wichtig, wenn wir uns wirksamer für die Kampagne „Das muß drin sein“ einsetzen und unserem Anspruch gerecht werden wollen, ältere Mitglieder solidarisch zu unterstützen. Zur Zeit leistet eine einzige Genossin ihren unverzichtbaren Beitrag in der AG. Es ist also nur ein Gebot der Fairnis, ihr eine Geschlechts-Kameradin zur Seite zu stellen. Wenn die AG in der ersten Dezember-Woche ihren nächsten Arbeitsplan berät und beschließt, dann geht es natürlich um realistische Zielstellungen, die unseren Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechen und keines der 11 Mitglieder überfordert. So werden wir die Beratungstermine, die im Abstand von 2 bis 3 Monaten stattfinden, gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft koordinieren und durchführen, um damit eine hohe Effektivität unserer eigenen Arbeit zu sichern. Auch im kommenden Jahr wird der traditionelle Besuch eines, die Stadt Rostock prägenden, Unternehmens nicht fehlen.

Die in jüngster Zeit festzustellende, scheinbare Rückwärtsentwicklung innerhalb unseres Landes wie andernorts, unterstreicht die Wichtigkeit unseres Wirkens in der Gesellschaft. Die Bedingungen dafür erscheinen angesichts der bisher bereits eingetretenen Verrohung und des medialen Kräfteverhältnisses schwierig.

Die zum 100. Geburtstag von Peter Weiss von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Lesung seines Hauptwerkes „Ästhetik des Widerstands“, die ich im Rostocker Peter-Weiss-Haus miterleben kann, vermittelt mir auf ergreifende Weise, welchen Einsatz Generationen vor uns erbracht haben, dank derer wir heute immerhin Bedingungen einer bürgerlichen Demokratie vorfinden, die allerdings selbst gefährdet ist. Die Aufklärung darüber ist uns eine ernste Verpflichtung, und noch finden wir bei dieser Zielstellung viele Verbündete, mit denen wir uns verabreden müssen. Deshalb ist jetzt Schluß mit der Selbstbetrachtung.

*Klaus Röber, Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock der Partei Die Linke*

## AUS DER BAG SENIOREN

Am Sonnabend, 22.10.2016, hat die BAG Senioren Mitglieder aus allen Bundesländern nach Berlin eingeladen, um das 25-jährige Bestehen der BAG zu feiern. Aus der LAG Senioren M-V waren dabei Erika Weigelt, Ute Christoffer und Klaus Röber, der Sprecher der AG Senioren im KV Rostock. Den Festvortrag hielt Matthias W. Birkwald mit dem Thema „Solidarische Mindestrente statt Alters-

Es ist immer wieder schön zu sehen wie Menschen sich freuen können, wenn ehrenamtliche Leistungen einmal gewürdigt werden. Wir freuen uns mit den drei genannten Personen und wünschen beste Gesundheit und gratulieren an dieser Stelle nochmals ganz herzlich.

*Ute Kampschulte  
LAG Senioren*

# Plattdeutsches von Kurt Kaiser

Ein Resümee oewer Schicksalsdaach in de düütsch Geschichte, de: „**9. November!**“

Wi harn uns tau Klock Teihn an ´n 10. November in de Gaststäd „Stralsunder“ tau uns traditionellet lesbeinäten verawrädt. Tedje un ick wiern pünktlich, oewer Charlie fählte noch. Hei verspädt sik, wiel de von em besöchte Gedenkveranstaltung tau ´n 78. Jahresdach von de Reichspogromnacht, länger duert har, as dacht. Oewer, as he denn endlich ankehm, wiern wi taufräden werrer einmal as de *Drei letzten Ströper, Jahrgang 1926*, vereint tau sin. Dat Gedenken an de „Kristallnacht“ von ´n **9. November 1938** wier nu ok glik de Anknüpper för uns in Oktober wählte Diskussionsthema:

„9. November!“

An Charlie sienen Bericht, denn hei uns denn oewer dei Veranstaltung geef, knüpte ich glik miene Erinnerung an de Pogrom-Nacht an, de ick 1938 as 12jöhrig Rostocker Jung mit erläwt har:

„Uns Nahber wier de Gemüsehändler Arnon Rydin. Dat hei ´n Jud wier, stürte miene Öllern nich, se kööpten giern ehr Gemüse bi em, un mien Vadder snackte ok giern mal mit Rydin, de in ´n Weltkrieg sogar dat EK I krägen har. Ok ick müchte Rydins Dochder, Lising, un wi bummelten giern mal dörch de Kröpliner Straat orer seeten up ´n Kanonsbarg, um uns tau unnerhollen un oewer de Warnow tau kieken. - In dei Nacht von ´n 9. November 1938, as dei Nazis dei jüdischen Synagogen ganz Düütschlands - dorunner ok uns Rostocker - ansteckten, wür ok Rydins Ladenfinster kaputt schmäten. Daach vörher harn SA-Lüd dat Finster mit gemeine Würd vullschmeert un sik för dat Geschäft mit ein Transparent postiert up dat stün: „Achtung Deutsche! Hier wird gammliges Gemüse verkauft! Kauft nicht beim Juden! Juden sind unser Unglück!“ - Ümmer werrer harn SA-Raudis tau ´n Körperboykott uprauen un de Kunden denn Intritt verwehrt. Dormit harn sei sik oewer nicht begneugt. Dor folgten Spräckhöre und Drauhungen, de im Vörführen von ein Prostituierte gipfelten, de ein Schild an Hals hängen har, up dat schräwen stün: „Ich bin im Ort das größte Schwein, lasse mich mit Juden ein!“ - In ´n *Rostocker Anzeiger* wür ´n denn ok noch Fotos un Hetzartikel oewer denn „Judenladen“ veröffentlicht. Dat alls kün´ Lisings Mudder nich mihr erdrägen, un bekehm einen Nerventausammenbruch.

Rydins wiern nu bereit, dat Utreis-Angebot det Gemeindevörsittenden, Max Samuel, antaunahmen, wat dunn noch moeglich wier. Dormit wür ok dei Familie Rydin för KZ un Dot bewohrt, denn all wenig Daach späder würrn in Düütschland 30.000 Juden verhaft un in de KZs Dachau, Buchenwald

un Sachsenhausen verschleppt.

Unvergäten wiern Anon Rydin ok le letzten Würd von Max Samuel: # Seien Sie froh, dass Sie auswandern dürfen, dies ist erst der Anfang! Soviel habe ich schon aus Hitlers ‚*Mein Kampf*‘ herausgelesen. Ein schreckliches Buch! #

De Nam von dat Pamphlet ‚*Mein Kampf*‘ wier nu dat Stichwurd för Tedje dorup hentaawiesen, dat dit ok mit einen annern 9. November tausamenhängen deed:, nämlich denn **9. November 1923**, as Hitler tausamen mit General Ludendorf un wiederere Nazi-Anhänger, tau de *Feldherrnhall* in



*Münschen* marschierte. Doch de bayrische Polizei stoppte denn Marsch un dormit Hitlers Versäuk, gewaltsam an de Macht tau kamen. De NSDAP wür verbaden un Hitler tau fief Jahr Haft verurteilt. Tedje schlöt siene Erinnerung mit denn Satz af: „Wat denn teihn Jahr späder passierte, doran bruk ick hier woll nich erinnern?“

„Ne, Tedje“, plicht em nu Charlie bi, „dat brukst du nich, dat hemm wi ok all sülvst beläwt, bit tau ´n bittren End! Jedet Jahr hemm wi mit dei Nazis dissen Gedenkdach begahn un denn dotschatenen SA-Mann Horst Wessel in ein tweit Nationalhymn besungen; ick erinnere mi dortau an ein besonneres Eriegenis ut mien Kriegsgefangenschaft. Dor wier ick grad mit dusend annere *Prisoner of War* ut Nurd Afrika in ein USA-Camp in Virginia verfracht worden. Ein Lagerführer har uns mit „Heil Hitler“ begrüßt un tau ein Gedenkveranstaltung för de 1923 erschatenen Nazis inladt. De Ami-Posten hemm dor amüsiert taukäken, as wi vör ein Hakenkrützfaahn un Opferflam noch um Nazis truernten, de 1923 mit Hitler in München demonstrierten.“

Oewer Tedje wier noch nich fardich worn mit siene Utführungen, un wull giern noch mal bewiesen, dat he sik gaut up uns Trialogthema vörbereit har: „Dor geew dat all 1848 noch ein Eriegenis dat in de Weltgeschichte ingahn is: # *Ich sterbe für die Freiheit* #, wiern de letzten Würd von Robert

Blum, de an ´n **9. November 1848** in Wien erschaten wür. Dit markierte denn Anfang von de Märzrevolution in ´n Düütschen Bund. Dit revolutionäre Tiedöller begünn in Frankreich, erfaat denn fast ganz Europa un kreech ok Düütschland tau faten. Dat geistig Fundament von de Revolutionsbewegung wier de Födderung nah ein Verfaatung, de denn Utglick von monarchische Autorität un Volkssouveränität bringen süll. Uterdem stün in ´n Mittelpunkt dei *nationale Frag* - dei Födderung nah *nationale Einheit* un *Unabhängigkeit* - un dei *soziale Frag*, insbesonnere de Förrerung nah *vollständige Buernbefreiung* un soziale Sicherung för de frieen Lohnarbeiter.

Doch de ierste Versäul, Düütschland as Deil von ein europäische Modernisierung nah friehheitlichen und nationalen Leitvöstellungen utaurichten, scheiterte an denn Wedderstand von de Reaktion.

Denn kem de historische **9. November 1918**, as in Düütschland, angesichts uns bereits faststahnde Nedderlag in ´n letzten Weltkrieg, un de Raup nah Fräden un Abdankung det Kaisers, ümmer luder wür. Disse Revolutionsbewegung, de an 8. November 1918 dörch denn Kieler Matrosenupstand inne Gang sett wür, begün´ an ´n 9. November in Berlin. De Kaiser möst gahn, de ierste düütsche Republik wür utrauen. Karl Liebknecht proklamierete de „*Sozialistische Republik Deutschland!*“ Ick läs ´mal ein Deil von siene Räd vör, de hei dor von ´n Balkon det Berliner Schloss hollen hett vör:

# *Der Tag der Freiheit ist angebrochen. Nie wieder wird ein Hohenzoller diesen Platz betreten. Vor 70 Jahren stand hier am selben Ort Friedrich Wilhelm IV. und musste vor dem Zug der auf den Barrikaden Berlins für die Sache der Freiheit Gefallenen, vor den fünfzig blutüberströmten Leichnamen seine Mütze abnehmen. Ein anderer Zug bewegt sich heute hier vorüber. Es sind die Geister der Millionats ihr Leben gelassen haben. Mit zerspaltenem Schädel, im Blut gebadet wanken diese Opfer der Gewaltherrschaft vorüber, und ihnen folgen die Geister von Millionen von Frauen und Kindern, die für die Sache des Proletariats in Kummer und Leid verkommen sind. Und Abermillionen von Blutopfern dieses Weltkrieges ziehen ihnen nach. Heute steht eine unübersehbare Menge begeisterter Proletarier an demselben Ort, um der neuen Freiheit zu huldigen. Parteigenossen, ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme erfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen.* # - “

Dit har uns Tedje nu mit soväl Inbrunst vördragen, as wenn he sülvst Karl Liebknecht wier.

Nahdem wi ´n Ogenblick nahdenklich swägen harn, säd Charlie plötzlich: „Twei Maande un söss Daach nah denn hoffnungsvullen 9. November 1918 hett de Reaktion unsen Karl un Rosa meuchlings murdet, dat wier an ´n 15. Januar 1919. Wat denn kehm mit de Weimarer Republik, denn Nationalsozialismus un letztlich 60 Millionen Dodesopper hemm wi ok noch miterläwt. Wi hemm denn ok schwuren: # Nie werrer Faschismus, nie mihr Krieg! # Oewer väle hemm dat vergäten un tau wenig dahn, de Jugend uns Erfrohungen un Lihren wierer tau vermitteln. Wi harn dat in Osten besonnens schwer mit denn Nieanfang, un ok de Glowen dat in Westen Geld un Wohlstand nur so fleiten würn, makte manken blind un schwerhörig.

Un denn kehm de **9. November 1989** as ein gewisser Schabowski de niegen Reisereregungen verkündt un up de Frag von einen Reporter, # *Ab wann?*# de Antwurd kreech: # *Ab sofort!* # Dormit wier nah 28 Johren de Fall von de Berliner Muer besiegelt un ok nich mihr dat End von de DDR uptauhollen.“

Un nu wull sik Tedje nich noch mal dat Wurd nähmen laten, denn hei seech noch ein Gelägenheit, um sien gaudes Geschichtsgedächtnis tau zeigen: „Ji erinnert juch woll noch an Willy Brandts Räd, de he an 6. Dezember 1989 in de Rostocker Marienkark höl. He säd dor: # Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört #. Öwer he säd ok noch, an dat wi uns hüt besonnens erinnern süllten: # Vergesst nicht jene, denen es schlechter als uns geht! # - Willys Prophezeiung oewer uns Tausamewassen hemm wi oft hört un stellen nah 25 Jahr fast, dat ümmer noch wat an de Erfüllung fählt. Ok mit de von Helmut Kohl versprochenen #blühenden Landschaften in ´n Osten# hapert dat noch in manke Gegend, ok von uns MeckPom. Dat makt de Minschen untaufräden un se wählen Neonazis un AfD de ehr tau Mun´ räden. Un wenn de Regierung dat nich versteiht,

im Sinn von Willy Brandts Mahnung, disse Lüd ehr Läbensstandart - ok angesichts väler Flüchtlinge - tau verbädern, denn is de Regierung unfähig un dörf keine Wahl gewinnen.

Denn warn se womoeglich all bi de Wahlen tau ´n Bundesdach ehr blaget Wunner erläwen, so wi dat jetzt in de USA an ´ **9. November 2016** passiert is..“

Tedje schweech un keek nu mi an, um mien Meinung tau hören.

Kein Problem, denn ick har de Wahlschlacht Trump - Clinton jeden Dach upmerksam verfolgt un dortau all mien eigen Urteil bildt. Lieden künn ick beide Kandidaten nich.

Weder denn oewerheblichen Grotkotz-Geldsack Trump noch de arrogant-schlimme Clinton. Ein Oewel so grot as dat annere? Oewer as denn de Entscheidung follten wier, fäuhlte ick mi irgendwi bäder: Ick gloew, dat de Amis dat lütterere Oewel wählt hemm, wat uns vör einen drütten Weltkrieg bewahren kann. Hillary Clinton wull doch de Politik von ehren Kierl denn Ex-Präsidenten Bill Clinton, förtsetzen, de all Europa in denn Krieg in Serbien, Libyen un Afghanistan lanciert hett. Ick mücht nu gloewen, dat Trump, anners as siene Gegenkandidatin, för ein vernünftg, praktikable, vertrugensvulle Tausamenarbeit mit anner Staaten up disse Welt bereit is, ok wenn dat in dat Wahlkampspektakel nich ümmer so röwerkehr. - Väle von uns Politiker, inklusive Medien, könn nu denn Kopp intrecken, nahdem se sik wiet ut dat Finster lähnt hemm mit Beleidigungen in Richtung Trump. Nu möten Merkel, Steinmeyer un annere mit em tausamenarbeiten. Se hemm dat düütsche Volk dordörch schadt, dat se sik einsiedig un tau ´n Deil beleidigend tau Trump üterten un up de Siet von Clinton schloegen.

Dat wier ein nich hentaunehmende Inmischung in innere Angelägenheiten von ein anner Land un wenn denn de Wahl so utgeht as se gahn is, is dat för uns Volk ein Schaden! -

Bedenkenswert is bi Betrachtung von de amerikanischen Wahlen ok, dat man dor

nich mit de schwiegende Mihrheit von de Nichtwähler räkend hett, de Trump offenbar ut de Seel sprök. Dorüm sülln sik nu ok de düütsche Politik fragen, ob dat nich ok hier so kamen kann? Politik, de sik ümmer mihr von dat Volk affwendt un von de wahren Probleme wegführt, folgt, as wi dat all mit de AfD beläwt hemm, dat böse Upwaaken. Süh blos de Ergäwnisse von uns Landdachwahl in MV.“ -

Ick wier tau En´ mit miene Utführungen. Oewer Charlie höl denn noch dat Schlusswurd an dissen Vörmiddach, det 14. November:

„Wi möt ok hier noch Russland mit in´t Kalkül von uns Oewerlegungen upnehmen, denn wenn Präsident Trump siene ankünngigten Awsichten dörchsett - wat ick hoff - un sien Politik ok gemeinsam mit Russland up Fräden un Kooperation utrichten deit, warden em ok in Düütschland väle begeisterte Anhänger begröten. För uns kümmt dat nu mihr denn je dorup an, Politiker as Gysi, Wagenknecht, Bartsch un annere Linke tau unnerstütten! Dat gült aktiver tau warden un mihr tau daun, um de Heuchler sowoll in de Koalition as ok in de AfD tau entlarven. In de AfD versäuken doch de Neonazis, de mit ehren Unnergang in de NPD spädestens bi ehren Verbotsprozess räknen, unnertauakrupen un Führungspositionen intaunehmen. Ein Signal det Geistestaustands von de AfD wier doch ok ehre chauvinistische Entscheidung, an ´n Volkstruedach, blos de düütschen Soldaten tau gedenken un nich aller Minschen, de in de Weltkriege ehr Läben laten hemm.

Wat uns de Nationalismus all in uns Geschichte inbrockt hett, bruk ick hier woll nich tau erklären: Vör uns all, de denn Fräden wulln un de Minschen, glik wecker Awstammung un Religion, achten un respektieren, besteht de moralische Pflicht, nich länger wechtaukieken un tau schwiegen angesichts rechte Gewalt, Rassismus un Nationalismus!“

## GEDENKEN AN DAS JAHR 1938

Am Vormittag des 10. November gedachten zahlreiche Rostokerinnen und Rostocker der Jüdinnen und Juden aus ihrer Stadt, die von 1933 bis 1945 der nationalsozialistischen Terrorherrschaft zum Opfer fielen. Sie zu vergessen, wäre der letzte Gewaltakt an ihnen, mahnte Landesrabbiner William Wolff in seiner Ansprache. Er zeigte sich erfreut, dass so viele junge Menschen an der Gedenkveranstaltung am Ort der zerstörten Synagoge in der Augustenstraße teilnahmen. Der evangelisch-lutherische Pastor Tilman Jeremias erinnerte in seiner Rede an die antisemitischen Schattenseiten im Wirken Martin Luthers und verwies darauf, dass die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am Tag zuvor sich klar von der christlichen Mission unter Juden distanziert hat.

Zahlreiche Vertreter der Rostocker LINKEN nahmen an der Gedenkveranstaltung teil, darunter Bürgerschaftspräsident Wolfgang Nitzsche, Senator Steffen Bockhahn sowie Vertreter des Kreisvorstandes und der Bürgerschaft.

Foto: *Andreas Reinke*



# Aus der Arbeit der Landtagsfraktion

## Linksfraktion erarbeitet Forderungskatalog für Vorpommern

Die Landtagsfraktion DIE LINKE war auf Landtour durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald. In zahlreichen Gesprächsrunden mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern, Vereinen und Verbänden wurde ganz deutlich, dass es in Vorpommern in vielen Bereichen deutliche Nachholebedarfe gibt. Die Debatten um das Krankenhaus in Wolgast sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Die Akteure vor Ort wissen oft nicht mehr, wie sie das Geld für die sogenannten freiwilligen Aufgaben zusammenkratzen sollen. Somit fallen etliche Angebote, die das Leben in den Gemeinden, den Städten und Dörfern, lebenswert machen, über Bord. Tolle Projekte wie zum Beispiel der Demokratiebahnhof in Anklam leben von der Hand in den Mund.



Für uns waren das jedoch vielfach keine neuen Erkenntnisse, denn es war nicht unsere erste Fraktionstour in Vorpommern. Wenn wir jedoch in der Vergangenheit die Erkenntnisse und Erwartungen aus der Region mit nach Schwerin nahmen und Maßnahmen einforderten, hieß es von SPD und CDU stoisch: Brauchen wir nicht, es ist alles in Ordnung. So hätte auch der von

meiner Fraktion mehrfach in Haushaltsberatungen vorgeschlagene Regionalfonds

für Vorpommern längst Realität sein können – wäre da nicht die Selbstherrlichkeit der Herren SELLER und CAFFIER.

Die Linksfraktion wird im Ergebnis der Tour einen Forderungskatalog an den Vorpommern-Staatssekretär erarbeiten. Auf diese Personalie setzen viele Menschen in der Region durchaus große Hoffnungen. Aber die Große Koalition ist schon dabei, Herrn Dahlemann zur Witzfigur zu machen, noch bevor er loslegen und irgendetwas bewegen konnte. Die Befürchtungen der Linksfraktion, dass der Vorpommern-Staatssekretär und sein Stellvertreter – von letzterem hört und sieht man rein gar nichts – reine Alibifunktionen sind, bestätigen sich offenbar zunehmend. Dies wird allerdings den herrschenden Frust vor Ort verstärken und zu neuem Frust führen. Statt sich gegenseitig mit Vorwürfen – wie im Falle des Ikrareums in Anklam – zu beharken, sollten die Großkoalitionäre endlich anfangen zu arbeiten.

## Bildungspolitik

### Stellungnahme der AG Bildungspolitik zur Schulentwicklungsplanung im Landkreis Rostock

Im Mai 2016 hat sich eine AG Bildungspolitik des Kreisverbandes des Landkreises Rostock konstituiert, die vom Mitglied des Kreisvorstandes Hans-Dieter Sill geleitet wird. Auf der zweiten Beratung am 05.10. wurde beschlossen, aus aktuellem Anlass ein Treffen mit den Mitgliedern und berufenen Bürgern unserer Partei in den Bildungsausschüsse im Landkreis Rostock zur Schulentwicklungsplanung durchzuführen. Dieses fand am 05.11. in Kritzkow statt. Anwesend waren auch die Mitglieder des Bildungsausschusses des Landkreises Lydia Fahed und Peter Georgi sowie die Fraktionsvorsitzende der Linken Karin Schmidt. Der Schulentwicklungsplan enthält Angaben zu allen allgemeinbildenden Schulen im Landkreis und ist eine wichtige Grundlage für eine langfristige Standortentwicklungs- und Ausstattungsplanung der Schulträger. Seine fundierte Erstellung ist eine sehr aufwändige Angelegenheit, die oft zusätzliche Anstrengungen und Ressourcen in der Verwaltung erfordert. Diese sind offensichtlich in der Verwaltung des Landkreises Rostock nicht vorhanden. Ein Zeichen dafür ist bereits die Tatsache, dass die Verwaltung fast zwei Jahre brauchte, um nach dem Erlass einer Verordnung zur Schulentwicklungsplanung am 16. September 2014 einen Planentwurf vorzulegen, der für die fünf Schuljahre 2015/16 bis 2019/20 gültig sein soll. Von diesem Zeitraum sind bereits 1 ½ Schuljahre abgelaufen, wenn der Plan wie aktuell beabsichtigt im Februar im Kreistag beschlossen werden soll. Eine gründ-

liche Analyse des Planes in der Beratung am 05.11. zeigte darüber hinaus, dass er zahlreichen Mängel und sogar Verstöße gegen die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung aufweist, die Mindestanforderungen an einen solchen Plan enthält. So sind in dem aktuellen Planentwurf, der auch allen kommunalen Vertretungen zur Zustimmung vorgelegt wurde, folgende Mindestanforderungen nicht enthalten.

- Die Planungen sollen auf der Grundlage von statistisch nachgewiesenen Geburtenzahlen mit einer entsprechenden Fortschreibung erfolgen. Dies ist im Plan lediglich für den gesamten Landkreis erfolgt, was für Entscheidungen auf regionaler Ebene nicht ausreichend ist.
- Es fehlen im Planentwurf die geforderten Schulraumbilanzen. Diese sind einerseits erforderlich, um langfristig die notwendigen Raumkapazitäten zu sichern, als auch um unnötigen Leerstand von Unterrichtsräumen zu verhindern.
- Auch nach dem Schulgesetz sollen die Schulen in freier Trägerschaft ihre Planungsüberlegungen zur Verfügung stellen, damit sie in die Schulbildungsplanung einbezogen werden können. Dies ist im vorliegenden Plan nicht erfolgt. Es sind nur Hinweise auf Anteile von Schülerzahlen an Schulen in freier Trägerschaft vorhanden, die aber nicht untersetzt werden. Insbesondere fehlen auch Übergangszahlen nach der sechsten Klasse in öffentliche Schulen.
- Die im Plan enthaltenen Einschulungszahlen sind unvollständig, da sie nur die Schülerzahlen an öffentlichen Schulen erfasst.
- Die Kinder von Flüchtlingen sind nach den gesetzlichen Bestimmungen in die Schulentwicklungsplanung einzubeziehen, was offensichtlich

noch nicht erfolgt ist.

Neben diesen offensichtlichen Versäumnissen enthält der Plan aus Sicht der Beratungsteilnehmer noch folgende Mängel, die bei einer fundierten Planung nicht auftreten sollten. Es wurden dazu auf der Beratung folgende Standpunkte einstimmig beschlossen.

- Zu einer fundierten Schulentwicklungsplanung gehört, dass auch regionale Entwicklungen wie die geplante Ansiedlung von größeren Betrieben oder die Planung von Neubaugebieten einbezogen werden.
- Weiterhin sollte über die Schulraumbilanzen hinaus zumindest für die Schulen in kreislicher Trägerschaft der bauliche Zustand und notwendige Sanierungsarbeiten in den Plan aufgenommen werden.
- Der Bestand folgender Schulen ist im Planungszeitraum nach dem Planentwurf nur mit Ausnahmegenehmigungen gesichert: Regionale Schule mit Grundschule Bernitt, Geschwister-Scholl-Gymnasium Bützow, Regionale Schule mit Grundschule Krakow am See, Regionale Schule mit Grundschule Zehna, Regionale Schule mit Grundschule Lalendorf und Regionale Schule mit Grundschule Jördenstorf. Zur Planungssicherheit sollte vom Landkreis eine rechtliche Bewertung der möglichen Ausnahmegenehmigungen erfolgen. Für die besonders im Bestand gefährdeten Schulen in Krakow am See und Jördenstorf sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, durch Veränderung oder Erweiterung des Einzugsbereiches auch über die Grenzen des Landkreises hinaus, die notwendigen Schülerzahlen zu sichern.
- In den Städten Güstrow und Bad Doberan werden die Schülerzahlen von allen regiona-

len Schulen zusammengefasst. Dies halten wir aus mehreren Gründen, insbesondere auch mit Blick auf die Schulraumbilanzen nicht für sinnvoll.

- Ein Schulentwicklungsplan sollte auch Anregungen und Grundlagen für neue Entwicklungen liefern. Dazu gehört das „Produktive Lernen“ als eine neue Form der Gestaltung des schulischen Lernens, mit der beachtliche Erfolge erzielt werden.

- Wir halten die kooperativen bzw. integrierten Gesamtschulen für ein in besonderer Weise geeignetes Bildungsangebot, um möglichst vielen Schülern gleiche Chancen für einen hochwertigen Bildungsabschluss zu sichern. So zeigt zum Beispiel die kooperative Gesamtschule in Laage, dass ein solcher Zusammenschluss von Schulen für die Unterrichts- und Schulentwicklung und das Lernen von Schülern sehr erfolgreich sein kann. Um diese Entwicklungen zu unterstützen und eine Gleichbehandlung der Gesamtschulen im Landkreis zu gewährleisten, fordern wir den Landkreis auf, langfristig die Trägerschaft für die kooperativen Gesamtschulen in Laage und in Kühlungsborn zu übernehmen. Dies entspricht dem Schulgesetz, nach dem die Landkreise Träger der Gesamtschulen sind. Weiterhin fordern wir den Landkreis und die Stadt Bützow auf, die Regionale Schule „Käthe Kollwitz“, das Geschwister-Scholl-Gymnasium und die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen, die sich auf demselben Campus befinden, organisatorisch zu einem integrativen Schulzentrum zusammenzufassen.

- Ein besonderes Problem stellt die Entwicklung der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen dar. Durch die neu geschaffenen Rahmenbedingungen, insbesondere das Inklusionskonzept des Landes, ist eine fundierte Prognose der Schülerzahlen gegenwärtig nicht möglich. Deshalb sollte eine jährliche Fortschreibung des Planes für die Schulen mit dem Schwerpunkt Lernen erfolgen. Weiterhin sollten in den Plan Überlegungen aufgenommen werden, wie der gegenwärtige teilweise erhebliche Leer-

stand in diesen Schulen verringert werden kann, in dem zum Beispiel Vereinbarungen mit anderen Schulträgern zur Nutzung dieser Unterrichtsräume getroffen werden.

- Die Bedeutung der Schulentwicklungsplanung als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe des Landkreises und das notwendige aufwändige Verfahren zur Erstellung eines Schulentwicklungsplanes rechtfertigen, dass die Arbeiten zumindest teilweise ausgelagert werden. Dies sollte für die nächste Planungsphase vorgesehen und entsprechende Mittel sollten rechtzeitig in den Kreishaushalt eingestellt werden.

Die genannten Punkte sind in einer öffentlichen Stellungnahme des Kreisverbandes enthalten, die dem Landrat und der Presse übergeben wurde.

Weiterhin wurde auf der Beratung am 05.11. folgende Fragen diskutiert, zu denen es aber keine einheitlichen Meinungen gab und die deshalb auch nicht in der Stellungnahme erwähnt wurden.

1. Ist eine möglichst hohe Übergangsquote in das Gymnasium anzustreben? Die Daten im Schulentwicklungsplan zeigen, dass Übergangsquoten in den Gesamtschulen mit bis zu 67 % höher als bei Übergängen in selbständige Gymnasien sind. International liegt die Quote der Schulabsolventen mit Hochschulreife weit höher, oft über 90 %. Als Nachteil einer hohen Abiturquote wurde das sinkende fachliche Niveau im Gymnasium genannt. Um eine möglichst hohe Allgemeinbildung für möglichst viele Schüler zu gewährleisten und gleichzeitig ein Abitur auf hohem fachlichem Niveau zu ermöglichen, wäre wie in anderen Ländern ein Abitur auf unterschiedlichen Niveaustufen sinnvoll.

2. Welche Mindestzügigkeit sollte an Regionalschulen angestrebt werden? Während noch in der bisherigen Verordnung von 2005 festgelegt wurde, dass Regionale Schulen mindestens zweizügig sein sollten, ist diese Forderung in der aktuellen Verordnung von 2014 nicht mehr enthalten. Es wird ledig-

lich festgelegt, dass in Klasse fünf mindestens 36 Schüler vorhanden sein müssen. Viele Regionale Schulen im ländlichen Raum sind ab Klasse 7 nur noch einzügig, oft mit weniger als 20 Schülern. Dies ist mit erheblichen Nachteilen verbunden:

- Die Zuweisung der Lehrerstunden erfolgt auf der Grundlage der Schülerzahlen. Bei so wenigen Schülern ist die Anzahl der Lehrer nicht ausreichend, um das volle Bildungsangebot zu ermöglichen.

- Es gibt keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur Differenzierung.

- Es muss an allen Schulen die volle sächliche Ausstattung vorgehalten werden.

- Da die Schulen in der Regel eine weit größere Kapazität haben, stehen viele Unterrichtsräume leer.

Gegen die Bildung von größeren Schulzentren wurde eingewandt, dass mit den damit verbundenen Schulschließungen größere Schulwege verbunden sind und die Schulen als kulturelle Zentren in den Orten eine wichtige Rolle spielen.

Die AG Bildungspolitik des Kreisverbandes des Landkreises Rostock freut sich über Meinungsäußerungen zu den genannten Problemen der Schulentwicklungsplanung aber auch zu Meinungen über Probleme, mit denen wir uns in Zukunft beschäftigen könnten. Solche wären z.B. unsere Haltung zu Privatschulen, zur Verbindung von Gymnasien mit Regionalen Schulen, zur Kontingenzstundentafel und dem damit verbundenen fachgerechten Unterricht, zur Ausstattung von Ganztagschulen, zum Produktiven Lernen u. a. Weiterhin freuen wir uns über Interessenbekundungen zur Teilnahme an möglichen Projekten oder zur Mitgliedschaft in der AG. Diese können per Mail an den Leiter der AG unter der Adresse hdsill@t-online.de geschickt werden.

*Prof. Dr. Hans-Dieter Sill, Mitglied des Kreisverbandes DIE LINKE.Landkreis Rostock*

## Zum Tod von Fidel Castro erklären Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

„Eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist möglich! Das war die feste Überzeugung von Fidel Castro. Viele junge Menschen sind in den 1960er Jahren vom Enthusiasmus der kubanischen Revolution inspiriert worden, gerade in ihrer Auseinandersetzung mit dem übermächtigen US-Imperium.

Die kubanische Revolution befreite Kuba von einer blutigen Diktatur unter Fulgencio Batista, die über 30.000 Menschen getötet hatte. Kuba war zuvor ein Ort, an dem die US-Mafia ein- und ausging. Großgrundbesitz, oft in Händen von US-Amerikanern, beutete die Landarbeiter maßlos aus. Schwarze waren einem System des

Rassismus unterworfen. Nie bekam die Landbevölkerung einen Arzt zu sehen und die Rate der Analphabeten überstieg die 70 Prozent. Es gehört zur großen Leistung von Fidel und der kubanischen Revolution, Bildung und Gesundheit kostenlos für die gesamte Bevölkerung bereitzustellen. Trotz aller Krisen, insbesondere nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus, konnte Kuba das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem aufrechterhalten und verbessern – und dies zu einem Zeitpunkt, als in ganz Lateinamerika unter dem Druck des Neoliberalismus die Bereiche Bildung und Gesundheit privatisiert und große Teile der Bevölkerung dieser Länder ausgeschlossen wurden.

Fidel hatte die Vision eines Kuba, das ökonomisch unabhängig und sich rasch nach eigenen Maßstäben und Bedürfnissen entwickeln kann. Viele dieser Pläne konnten nicht eingelöst werden.

Dennoch bleibt es richtig: Emanzipation und Befreiung der Menschen hat die unabdingbare Voraussetzung, sich von der Kontrolle durch imperialistische Großmächte zu befreien. Selbst Fidels Gegner mussten seine standhafte Haltung gegenüber der mächtigen USA anerkennen. Auch wenn Kuba viel Spielraum durch seine enge Anlehnung an die Sowjetunion verlor.

Danielle Mitterand, Frau des früheren französischen Präsidenten sagte über ihn: „Aus diesem Mann macht man einen Teufel. Dabei ist er durch und durch ein Demokrat, der sein Volk liebt und sein Volk liebt ihn (zitiert in: Neues Deutschland 6.5.1996) Gemeinsam mit den Menschen in Kuba, Lateinamerika und überall dort, wo die kubanische Befreiungsbewegung einen emotionalen Wert besitzt, gedenken wir nicht unkritisch der großen Leistung dieses Revolutionärs.“

# FriedensDekade 2016

Traditionell übernimmt das Bad Doberaner Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ die Gestaltung einer Abendveranstaltung der alljährlichen Ökumenischen FriedensDekade. In diesem Jahr fand diese vom 06. bis 16. November 2016 bundesweit zur Thematik „Kriegsspuren“ statt. Das Bad Doberaner Aktionsbündnis gestaltete den Abend des 07. Novembers 2016. Redner waren MdB Frank Junge, SPD und Prof. Dr. Wolfgang Methling, Landesminister a.D., DIE LINKE. Hier die Rede von Prof. Dr. Wolfgang Methling.

Ich danke dem Aktionsbündnis Bad Doberan für die Möglichkeit, im Rahmen der Ökumenischen FriedensDekade 2016 als Vertreter der Linkspartei ein paar Gedanken zu unserem gemeinsamen Wunsch nach Frieden in der Welt und in Deutschland vorzutragen. Gestatten Sie mir zunächst eine kurze persönliche Einführung. Ich bin 1947 in Kavelstorf bei Rostock geboren. Meine Mutter war eine junge Flüchtlingsfrau, eine relativ streng gläubige evangelische Christin, die 1940 aus Bessarabien „heim ins Reich“ geholt wurde, in Wermsdorf (Sachsen) als Deutsche registriert und 1941 nach Westpreußen ausgesiedelt wurde. In Westpreußen wurden die polnischen Bauern von ihren Höfen verjagt und die deutschen Siedler übernahmen die Bauernwirtschaften. Die Betten waren noch warm. Meine Mutter hat oft von ihren Erlebnissen bei der Heimholung ins Reich, der Aussiedlung, der Flucht vor der Sowjetarmee und der Ansiedlung in Mecklenburg berichtet. Ihre Hauptbotschaften an uns, ihre drei Söhne, waren immer: nie wieder Krieg und christliche Nächstenliebe für Menschen, die in Not sind.

Als ich 1998 mein Amt als Umweltminister übernahm, waren fünf meiner sechs Abteilungsleiter Mitglieder der CDU. Einer von Ihnen war Dr. Arnold Fuchs, damals Mitglied der evangelischen Landessynode Mecklenburgs.

Er berichtete mir über seine früheren Aktivitäten in der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung der DDR, in der Konziliaren Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Wir waren uns schnell darüber einig, dass uns diese Ziele und Wege eng verbinden – unabhängig von unserer unterschiedlichen Zugehörigkeit zu Parteien und zur Kirche: er – evangelischer Christ und CDU-Mitglied, ich – konfessionslos (obwohl getauft und konfirmiert) und Mitglied der PDS.

Wir waren und sind uns darin einig, dass die größte Gefahr für Gerechtigkeit und den Schutz der Natur, die Bewahrung der Schöpfung, von Kriegen ausgeht. Und ich lernte viel Neues über den Spruch und das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“:

- Der Spruch „Schwerter zu Pflugscharen“ geht auf die Propheten Micha und Jesaja zurück.

- Zitat aus Micha 4,3: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und Speiße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“

- Vor dem UNO-Hauptgebäude in New York wurde 1957 die Plastik „Wir schmieden Schwerter zu Pflugscharen“ aufgestellt. Sie war ein Geschenk der Sowjetunion.

- Dieser Spruch und das Bild wurde zum Leitsymbol der christlichen Friedensbewegung der DDR, war verboten, obwohl vom „großen Bruder“ autorisiert.

Dieses Symbol könnte und sollte noch heute die Friedensfreunde aller politischen Schattierungen und Religionen einigen. Ich würde mir wünschen, dass auch und vor allem diejenigen, die in der DDR unter dieser Losung für Abrüstung und gegen Krieg demonstriert haben, weiterhin zu diesem Spruch stehen.



Von links: Arnold Scholtz (Ortsvorsitzender DIE LINKE, Bad Doberan), Frank Junge und Wolfgang Methling

Aber leider muss ich feststellen, dass viele, die sich Christen nennen (bis hin zum Bundespräsidenten), diesen Spruch scheinbar vergessen haben oder wollen, wenn sie Rüstung, Waffenexporte, Militäreinsätze und Kriege verteidigen. Wenn sie es damals wirklich ernst gemeint hatten, müssten sie noch heute dazu stehen, denn die Welt ist nicht friedlicher geworden. Sie müssten auch heute dagegen ihr Wort erheben und tätig werden.

Meine Mutter unterschied zwischen „wahren/wahrhaftigen Christenmenschen“ und Christen, die sich nur so nennen, weil sie Mitglied der Kirche oder einer Partei mit dem „C“ im Kurznamen sind. Und ich möchte diesen Unterschied auch machen zwischen „wahren Sozialisten“ und solchen, die sich so nennen, aber z. B. beim Umgang mit Flüchtlingen ihre Ideale der Solidarität vergessen. Im Matthäus-Evangelium (Nr. 11, Satz 28)

finden wir den Jesus-Spruch :

„Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid. Ich will euch erquicken.“

Das sollte der Leitgedanke für alle Christen und Sozialisten, für alle humanistisch gesinnten Menschen sein. Das gilt auch und besonders heute, da viele Menschen, die aus Syrien, Afghanistan, afrikanischen oder anderen Ländern vor Krieg, Hunger, Armut und Verfolgung zu uns fliehen – in das aus ihrer Sicht so sichere und reiche Europa, vor allem Deutschland. Sie fliehen vor den Tod bringenden Raketen, Bomben, Granaten, Panzern, Sturmgewehren und Maschinenpistolen, die oft aus Deutschland stammen. Ich verzichte auf die Ihnen bekannten Details, über die vor wenigen Tagen, am 1. November, Jürgen Grässlin bei der Eröffnung der Entwicklungspolitischen Tage in Rostock berichtete und bei der Bischof Andreas von Maltzahn den „Ökumenischen Förderpreis Eine Welt M-V“ übergeben hat. Entgegen den Ankündigungen von Wirtschaftsminister Gabriel sind die

Rüstungsexporte aus Deutschland nicht gesunken, sondern weiter gestiegen. Bei den sogenannten kleinen Waffen, die mehr als 80 % der Todesopfer verursachen, steht Deutschland auf dem 3. Platz der Waffenlieferer. Meistens werden die Waffen direkt oder auf Umwegen an alle Kriegsparteien in Syrien, Saudiarabien usw. geliefert. Und dann wundert man sich, wenn Menschen zu uns kommen, die dadurch „mühselig und beladen“ sind.

Meine Mutter kam 1945 in einem Flüchtlingsstreck aus Westpreußen nach Mecklenburg. Mecklenburg und Vorpommern hatten 1945 ca. 900.000 Einwohner, 1946 waren es durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen ca. 1,8 Mio, also doppelt so viele. Und das unter den schwierigen Bedingungen und Zerstörungen nach dem II. Weltkrieg. Wie kann angesichts dessen ein wahrer Christenmensch oder Sozialist heute über angebliche Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen sprechen?! Das ist eine Schande für ein Land, das angeblich christlich geprägt ist und sich als Gralshüter der Menschenrechte, der Freiheit (auch der Religionsfreiheit), der Nächstenliebe und Kultur rühmt.

Jesus sagt nach Matthäus (Nr. 7) in der Bergpredigt u.a.:

Satz 12: „Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.“

Satz 15 u. 16: „Sehet euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig sind sie reißende Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Fortsetzung auf S. 15 unten

# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Fr., 2.12.	17:00 Uhr	VVN/RLS: Filmaufführung "Fünf Patronenhülsen"	Rostock	Barnstorfer Weg 4
Mi., 7.12.	16:30 Uhr	Kreistagsitzung	Güstrow	Kreisverwaltung
Mi., 7.12.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Zur Post
Di., 13.12.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	Bremerstr. 24 (VS)
Mi., 14.12.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Broderst.	Mooreiche
Do., 15.12.	10:00 Uhr	Diskussion zur Bundestagswahl: Thema Flüchtlingspolitik/Antifaschismus	Rostock	Ortsamt Reutershagen
Do., 15.12.	16:30 Uhr	Mitgliederversammlung Stadtteilverband MITTE	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 15.12.	18:30 Uhr	Gemeinsame Sitzung der Kreisvorstände LRO und HRO	Kritzkow	Gaststätte STRIKE
Sa., 7.1.	9-16 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung LRO	Sieversh.	Ziegenkrug
Mo., 9.1.	16:00 Uhr	Diskussion zur Bundestagswahl: Thema Soziale Gerechtigkeit	Rostock	Bremer Str. 24
Di., 10.1.	18:00 Uhr	Diskussion zur Bundestagswahl: Thema Friedenspolitik	Südstadt	Berghotel, AWO
Mi., 11.1.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Sieversh.	Ziegenkrug
Fr., 13.1.	17:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung des Direktkandidaten zur Bundestagswahl	Rostock	Stadthalle
Sa., 14.1.	10:00 Uhr	XXII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz	Berlin	Stephanstr. 41
So., 15.1.		Luxemburg-Liebknecht-Ehrung	Berlin	
Do., 19.1.	17:30 Uhr	Diskussion zur Bundestagswahl: Thema Soziale Gerechtigkeit	Rostock	Ortsamt Reutershagen
Sa., 28.1.	10:00 Uhr	RotFuchs: "Martin Luther - Rebellisch und reaktionär" (Karl-Helmut Lechner)	Rostock	Bremer Str. 24
Sa., 11.2.	10:00 Uhr	RotFuchs: "Pekinger Forum zum Sozialismus im 21. Jahrhundert"	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52
Do., 23.3.	15:00 Uhr	RotFuchs: "150 Jahre Band I des Kapitals" (Prof. Götz Dieckmann)	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52

**Keine Steuer-geschenke bei Millionen-Erbschaften!**  
**DIE LINKE.**

**Arsch hoch — jetzt eintreten!**  
 Gegen Rassismus und Sexismus, gegen die Trumps, Le Pens und Petrys dieser Welt.  
**DIE LINKE.**

*Komplett irre: Unternehmen mit einem Wert bis 26 Millionen Euro sollen quasi steuerfrei vererbt werden können. Bei höheren Werten gibt's großzügige Rabatte.*

Fortsetzung von S. 14

Die diesjährige FriedensDekade vom 6. bis 16. November steht unter dem Motto „Kriegsspuren“. Sie will die Kriegsspuren von Menschen in den Mittelpunkt stellen. Spuren weisen immer auf das Woher und Wohin, auf Spuren, die zu Gewalt und Kriegen, zur Zerstörung der Schöpfung von Mensch und Umwelt führen: auf den zunehmenden Einsatz von Militär und auf Rüstungsexporte. Aber auch die Kriege hinterlassen Spuren: getötete und verwundete Menschen, zerstörte Häuser, Kulturstätten und Umwelt sowie Flüchtlinge. Und diese Spuren führen

die betroffenen Menschen zu uns, nach Europa, nach Deutschland, nach Mecklenburg-Vorpommern, in dem auch Waffen produziert und für den Einsatz vorbereitet werden. Diese Folgen sollten uns Warnung und Ansporn sein, zivile Lösungen für Konflikte zu suchen, Kriege zu verhindern, keine Waffen für Terror und Kriege zu liefern. Als Richtschnur für Moral und Ethik kann und sollte Christen, Anhängern anderer Religionen und Atheisten auch die Bergpredigt im Matthäus-Evangelium dienen, über Glaubens- und Parteigrenzen hinweg, nicht nur während der Ökumenischen FriedensDekade.

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
 Geschäftsstelle Rostock  
 Kröpeliner Straße 24  
 18055 Rostock  
 Telefon: 0381-4920010  
 Telefax: 0381-4920014  
 E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
 Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
 Telefon: 03843-687311  
 E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
 Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
 Layout: Carsten Penzlin  
 Internet: www.dielinke-rostock.de  
 E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:  
 Landkreis Rostock:  
 IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
 BIC: HYVEDEMM300  
 Hypo-Vereinsbank  
 Rostock:  
 IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
 BIC: NOLADE21ROS  
 OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
 (Spende + Versandkosten)

## LYRIK

Temperatursturz  
 (von Janina Niemann-Rich)

Sinn der Weihnacht  
 aufs Glatteis geführt

Ware (von Janina Niemann-Rich)

wahre Weihnacht  
 am Wühltisch verkommen

Golden (von Janina Niemann-Rich)

Discoglanz im Blätterwald  
 getanzter Rhythmus Herbst

Tot (von Janina Niemann-Rich)

Leben  
 ist kein Probelauf

# Eintreten! Jetzt!

**Ohne Dich geht es nicht! Wer den Rechtsruck stoppen will, muss den Superreichen den Kampf ansagen.**

Die Wahl von Trump ist eine politische Zäsur. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Marine Le Pen die Wahl in Frankreich gewinnt. Wir sollten autoritäre Rechtspopulisten wie Trump nicht mit Nazis verwechseln. Aber es werden düstere Assoziationen wach an die 1920 und 30er Jahre, als in einer tiefen Krise des Kapitalismus die Demokratie ihre sozialen Grundlagen verlor und in vielen Ländern rechte Massenbewegungen entstanden.

Die Demokratie ist in einer tiefen Krise. In fast allen Ländern nimmt die Konzentration von Reichtum und Eigentum in den Händen einer Klasse von Superreichen zu. Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische Macht. Es wird immer deutlicher: ein „Weiter so“ mit unsozialer Politik im Interesse von Superreichen und Konzernen wie es von Hillary Clinton, Angela Merkel und weiten Teilen der europäischen Sozialdemokratie betrieben wird, ist brandgefährlich. Viele Menschen in den USA, die dringend eine soziale Politik wollten, haben Clinton aus verständlichen Gründen nicht gewählt, da sie unzweifelhaft die Kandidatin der Wall Street und eines korrupten politischen Systems war. Trump ist selbst Teil dieser Elite, er hatte auch bei großen Teilen der weißen Arbeiter Erfolg, weil er die soziale Frage mit Rassismus und Nationalismus verbindet. Er wird seine Versprechen, sichere Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen, brechen und versuchen dies mit einer autoritären Politik und Rassismus zu übertünchen. Auch bei uns erreicht die AfD, Menschen aus der Mittelschicht, die Abstiegsängste haben, und Teile der ArbeiterInnen, die in einer ungerechten Gesellschaft entwürdigt werden. Wir dürfen gegenüber rassistischer, sexistischer und homophober Hetze und Gewalt nicht einen Millimeter nachgeben! Ebenso falsch ist es aber, verachtend auf die angeblich so ungebildeten Arbeiter und Arbeiterinnen herabzublicken. Wir dürfen auch nicht ignorieren, dass Trump wie der Rechtspopulismus in Europa auch aus den Eliten heraus Unterstützung erhält. Deutsche Konzerne, darunter Bayer und die deutsche Bank sind sich nicht zu schade gewesen, Trump mit Millionen im Wahlkampf zu unterstützen.

Die Lage ist ernst. Aber es ist noch nicht zu spät, den Aufstieg der Rechten zu stoppen! In den USA liegt die Hoffnung bei Bewegungen

wie BlackLivesMatter und den Millionen jungen AmerikanerInnen, die mit dem demokratischen Sozialisten Bernie Sanders für eine „politische Revolution“ eintreten. Nur eine Bewegung für einen Bruch mit der neoliberalen Politik, die zugleich klare Kante zeigt gegen Rassismus und Sexismus, kann die Demokratie verteidigen und zurückgewinnen. Wer den Rechtsruck stoppen will, muss den Multimillionären, den Banken und transnationalen Konzernen, den Profiteuren von Standortverlagerungen, Niedriglöhnen und prekärer Arbeit, steigenden Mieten und Verdrängung den Kampf ansagen!

Als LINKE kämpfen wir für eine „Revolution der Gerechtigkeit“, für gute Arbeit und ein besseres Leben für alle Menschen. Wir wollen die Superreichen entmachten und Reichtum umverteilen. Wir stehen auf gegen Rassismus und rechte Hetze, für eine sozial gerechte Einwanderungsgesellschaft. Wir gehen in die ärmeren Stadtteile, hören den Menschen zu, die auch hier längst ihre Hoffnung verloren haben.

*Ohne dich, geht es nicht. Wenn wir zusammenstehen gegen soziale Kälte, kann eine Bewegung entstehen „für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt“ (so Bernie Sanders' Motto).*

**Mach mit, werde aktiv in der LINKEN!**

Auch wer nicht direkt Mitglied werden will **kann aktiv werden**: bei unserer Zuhöreroffensive in sozialen Brennpunkten, gegen Pflegenotstand und beim Wahlkampf, Tür zu Tür und Platz für Platz gegen die rechten Hetzer der AfD.

*Quelle: Newsletter DIE LINKE. M-V*



[www.die-linke-thueringen.de/mitmachen](http://www.die-linke-thueringen.de/mitmachen)



**Gewinner:** Donald Trump

**Verliererin:** Hillary Clinton. Bei ihren Honoraren können sich selbst SPD-Minister noch ein Scheibe abschneiden, aber aus Sicht vieler Wähler gibt es dann nur eine logische Konsequenz: Unwählbar!

## Monatszitat

„Die Macht eines US-Präsidenten ist sehr begrenzt. Und ich bin nicht sicher, ob er in der Lage ist, sich gegen die ökonomischen Interessen der Wall Street, der Kriegsindustrie und der Öl-Industrie durchzusetzen. Die Frage ist: Kann man die soziale Lage verändern? Und die soziale Lage kann man nur verändern, wenn man die ökonomischen Machtstrukturen in den Griff bekommt. Wenn nicht, ist das nur Sonntagspredigt.“ Oskar Lafontaine

## Monatszahl

Das Wähler\*innenpotential für DIE LINKE liegt derzeit bei ca. 17 %; im Osten sogar bei 30 %. Über diese Zahlen informierte LINKE-Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. In welchem Schwarzbau aus DDR-Zeiten fand der jüngste Kreisparteitag der Rostocker LINKEN statt?
2. Im Rostocker Peter-Weiss-Haus fand der Auftakt der Stafettenlesung des Romans „Die Ästhetik des Widerstands“ statt. An welchen deutsch-schwedischen Autor wurde auf diese Weise erinnert?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.02.2017**